

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 17.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 21. bis 27. April 1911.

Posen, den 2. Mai 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 92 des Postep (Posen)
vom 22. April 1911:**Die deutsche Ausstellung in Posen.**

Die Arbeiten auf dem Ausstellungsplatze sind soweit gediehen, daß man schon zahlreiche Gebäude und Kioske sieht, die jedem in die Augen fallen. Die Ausstellung hat, wie bekannt, einen rein deutschen Charakter, ja, sie hat sogar eine deutsch-slawistische Grundlage. Es beteiligen sich an ihr vier sogenannte Ostprovinzen, und sie führt den offiziellen Titel einer „Ostmarkenausstellung“. Mit einem Wort, sie ist ein weiteres Glied in dem großen germanisatorischen Apparat, um das polnische Element in seinen uralten Sitten wirtschaftlich zu vernichten.

Die Ausstellung ist gegen den polnischen Handel und die polnische Industrie gerichtet und hat zum Ziel, diese beiden deutschen Zweige in den polnischen Gegenden zu heben. Die Polen werden zwar zur Ausstellung zugelassen, aber nur deswegen, um zur Erhöhung der deutschen Kultur in den „Ostmarken“ beizutragen.

Ehe man noch den Ausstellungsplan realisierte, hat die polnische Gesamtheit zu ihm Stellung genommen. Diese Stellungnahme war geteilt infolge von gewissen Strömungen, die versöhnungsparteilich oder loyal genannt werden könnten. Man hat es also freigelassen, nach Willen privatim an der Ausstellung teilnehmen zu können, wenn die betreffende Person sich von der Teilnahme an der Ausstellung für ihr Unternehmen einen Vorteil verspricht. Jedenfalls werden unsere Industriellen von der Beschickung der Ausstellung keine oder nur geringe Vorteile haben; aber so ist schon unsere Natur, daß wir uns da hineindrängen, wo man uns schieß anzieht, oder, was schlimmer ist, wir nehmen Teil an solchen Veranstaltungen, die direkt gegen uns gerichtet sind. Wir wollen immer den Loyalismus bewahren, auch wenn er uns teilweise zum Halbe herauskommt.

Doch leider, es ist geschehen, und unsere Industriellen nehmen — wenn auch nicht viele — an der Ausstellung teil. Diesem vorzubeugen waren wir nicht im Stande, obwohl der Beschluß, daß die Polen die Ausstellung nicht beschicken würden, einstimmig gefaßt worden war.

Wir wollen dabei nicht länger verweilen, denn wir hatten seinerzeit unserer Meinung Ausdruck gegeben. Jetzt, wo die Eröffnung der Ausstellung bald erfolgen soll, muß aufgeklärt werden, ob es sich mit unserer Würde verträgt, die deutsche Ausstellung zu besuchen. Von dem Besuch der Polen hängt in gewissem Grade

ihr wirtschaftlicher Erfolg ab. Das wissen die Veranstalter der Ausstellung ganz genau und sie spezifizieren auf polnischen Besuch, sogar aus Russisch-Polen, wohin sie — o Wunder — polnisch gedruckte Aufrufe versenden, während sie in der Ausstellung einem ausstellenden Polen die Anbringung einer polnischen Aufschrift kaum erlauben werden. Die Ausstellung soll rein deutschen Charakter tragen, die polnische Sprache wird also dort kein Bürgerrecht besitzen. Die Ausstellungsarbeiten sind ausschließlich in deutschen Händen, und zwar zum Teil in solchen aus entfernteren Gegenden, worüber sich die hier ansässigen deutschen Industriellen beklagen. Ob irgend ein polnischer Industrieller dort Arbeit erhalten hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Man hat sogar polnische Handwerker und Arbeiter nach Möglichkeit von der Arbeit ausgeschlossen.

Dies alles weist darauf hin, daß wir uns von der deutschen Ausstellung fernhalten sollten. Die Ausstellung können nur diejenigen Polen besuchen, welche dort etwas lernen und praktische Winke für ihren Beruf erhalten können, denn es werden dort zweifelsohne auch solche Gegenstände ausgestellt, die es verdienen, gesehen zu werden.

Wenn also polnische Industrielle, Handwerker und Kaufleute die Ausstellung ein oder zwei Mal in ihren wichtigsten Teilen besuchen werden, so kann man nichts dagegen haben. Man muß nämlich aus allem lernen, und gibt es etwas Praktisches und Wohlgestaltetes, so muß es in den Werkstätten angewandt werden, um der Konkurrenz, der wir auf Schritt und Tritt begegnen, gewachsen zu sein. In solchen Fällen muß die Ausstellung nur allein und nicht etwa in Gesellschaften oder gemeinsamen Ausflügen besucht werden. Davon raten wir entschieden ab, denn in solchen Fällen könnten unsre Landsleute in ihren Erwartungen betrogen werden, denn man muß immer daran denken, daß das eine deutsche Ausstellung ist und daß die Polen dort leicht eine Demütigung erfahren könnten. Außerdem ist es uns nicht erlaubt, Veranstaltungen, deren Spitze gegen uns gerichtet ist, gemeinschaftlich zu besuchen. Möge also derjenige, der da meint, vom Besuche der Ausstellung einen Vorteil zu erringen, sie einzeln besuchen.

Es müßte uns aber hauptsächlich daran liegen, die verschiedenen „Zubel“ und „Feste“, mit welchen die Ausstellung überfüllt sein wird, nicht zu besuchen. Diese Veranstaltungen sind gewöhnlich die Lockvögel und entscheiden über den finanziellen Erfolg der Ausstellung. Des Amusements wegen dürfen wir die deutsche Ausstellung nicht besuchen, weil wir keinen Grund dazu haben. Wir haben in Posen genug Vergnügungen, dazu brauchen wir nicht erst deutsche

Ausstellungen. Mögen sich dort die Deutschen amüsieren.

Wenn das polnische Publikum dies beachtet, so wird es der deutschen Ausstellung gegenüber eine würdige Stellung einnehmen. Wir hatten erfahren, daß einige polnische Familien sich für die Ausstellung Dauerkarten gelöst haben. Dieses darf man wahrlich nicht tun, denn das deutet schon auf einen ständigen Besuch der Ausstellung hin.

Aus Nr. 91 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 21. April 1911:

Die künftigen Wahlen und unser Verhältnis zu dem deutsch-katholischen Element.

Die Aufmerksamkeit unserer öffentlichen Meinung ist in letzter Zeit besonders achtsam auf die Germanisierung durch die Kirche gerichtet. Mit einschlägigen Artikeln sind die Spalten fast unserer ganzen Presse angefüllt, und mit Recht. Derjenige nämlich, für den das Journalistentum kein Virtuositentum der Feder, sondern eine Anstrengung der moralischen und geistigen Kräfte zwecks täglicher Verteidigung unserer nationalen Existenz ist, der muß fühlen und verstehen, daß die Germanisierung durch die Kirche unser größter Schmerz, eine Quelle unserer gefährlichsten nationalen Niedergelagen ist.

Das wird leider nicht genügend gewürdigt in den politischen Kreisen, welche die Rücksicht auf die geringeren oder größeren Sympathien bzw. Antipathien der Zentrumsparteien im Berliner Land- und Reichstage über die Rücksichten auf die Entwicklung und den Fortschritt des politisch-nationalen Bewußtseins der breiten Volksmassen stellen, während wir unsererseits uns nicht scheuen, zu erklären, daß 10 000 während der Wahlagitatio besonders in den Grenzmarken für den polnischen politisch-nationalen Gedanken eroberte Herzen und Hirne für unsere Sache größere Bedeutung haben, als selbst die geschicktesten „diplomatischen“ Aktionen der betreffenden Abgeordneten während der ganzen fünfjährigen Legislaturperiode. Man hat dafür kein Verständnis, nicht nur in gewissen unserer politischen Kreise, sondern darüber hinaus, gewissermaßen sogar in breiteren Kreisen der Volksgemeinschaft, so weit es sich im Großherzogtum z. B. um Gegenden handelt, die überwiegend mit polnischem Element bevölkert sind. Dagegen wendet sich in den West- und Nordmarken des Großherzogtums, in Westpreußen und Schlesien, sogar in sonst gar nicht „radikal“ gesinnten Kreisen die gesunde öffentliche Meinung immer entschiedener gegen die Gefahr der Germanisierung durch die Kirche; denn dort fühlt man diese Gefahr täglich am eigenen Leibe.

Es wird nötig sein, bei den künftigen Reichstagswahlen gut an diese Gefahr zu denken.

Zwar gab und gibt es Politiker, die da sagen, die Germanisierung durch die Kirche stehe in keinem Zusammenhange mit unserem Verhältnis zur Zentrumsparlei. Diese Behauptung ist vor allem grundfalsch, soweit es sich um die west- und ostpreussischen sowie um die schlesischen Verhältnisse handelt. Zweifellos organisiert auch dort das Zentrum als solches nicht die Germanisierung unseres Volkes in den Kirchen, aber unabhängig davon ist und wird es Tatsache bleiben, daß die dortigen geistlichen und weltlichen Germanisatoren in den Zentrumsreihen, und zwar keineswegs in den hinteren, stehen. Im Großherzogtum stellt sich die Sache teilweise anders dar; hier stellen sich die Germanisatoren im katholischen Gewande oftmals sogar der Zentrumsparlei entgegen. Aber uns handelt es sich auch nicht um eine negative Politik der Ver-

geltung dem Zentrum gegenüber, sondern um die **positive Ausbreitung des politisch-nationalen Bewußtseins, um das Heranziehen der politisch noch nicht aufgeklärten Volksschichten in den Grenzmarken unter die polnische Standarte der nationalen Selbständigkeit.**

Im ausschließlichen Schmäh der Zentrumsleute und der übrigen Deutschkatholiken erblicken wir nicht das Heil. Das ist eine unsichere, oft sogar zweischneidige Waffe, wenn man dem Feinde ungeschickt oder leichtsinnig leichte Mittel nicht nur für den Abwehr-, sondern in der Folge auch für den Angriffskampf liefert. Man muß vielmehr die systematische Arbeit an den Grundlagen organisieren, um den Unaufgeklärten die Augen zu öffnen bezüglich der Notwendigkeit, sich um die Standarte der nationalen Selbständigkeit zu scharen, um ihnen den Unterschied klar zu machen zwischen Konfession und Nationalität und um sie auf das hinzuweisen, was das polnische Volk zu fordern das Recht hat, vor allem auf dem Boden der Kirche, und was ihm nicht zuteil wird. Ob eine solche planmäßige und breit angelegte Aktion den Zentrumsleuten und überhaupt den Deutschkatholiken nach dem Geschmack sein wird oder nicht, das ist ihre Sache. Wir müssen daran denken, daß infolge des Mangels an Nationalbewußtsein bei uns noch so unmögliche Verhältnisse herrschen, daß Wahlkreise wie Kreuzburg-Rosenberg und Kosel-Neustrehlitz zwar dreißig, ja sogar sechsmal so viel polnische als deutsche Bevölkerung besitzen, trotzdem aber deutsche Abgeordnete wählen.

Solchen Verhältnissen muß man energisch entgegenwirken, und das sollte die Aufgabe nicht der oder jener Partei, sondern unserer ganzen gesund denkenden Allgemeinheit sein.

Aus Nr. 90 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. April 1911:

Zur Erwägung.

Der neuerdings dem Landtage vorgelegte Bericht der Ansiedlungskommission zeigt schlagend, daß die Kommission gegenwärtig hauptsächlich mit Darlehen durch Vermittlung der Mittelstandskasse in Posen und der Bauernbank in Danzig arbeitet. Sie erwarb im Jahre 1910 60 000 Morgen als Eigentum, hat aber 170 000 Morgen durch Darlehen gegen das Aufkaufen durch Polen gesichert. In den wenigen Jahren des Bestehens (die Mittelstandskasse seit 1. April 1904, die Bauernbank seit 1906) brachten diese Institute es fertig, nicht weniger als 4 334 Vorwerke und Bauernwirtschaften mit einem Areal von 475 000 Morgen zu sichern. Und von diesem kolossalen Areal entfällt, wie wir sehen, allein auf das Jahr 1910 ein Drittel: 170 000 Morgen. Die Arbeit dieser Banken nimmt also ungeheuer zu. Wird ihnen noch lange solche Arbeit übrig bleiben? Und wenn sie ihre Arbeit beenden oder sie sich deren Beendigung nähern werden, dann wird die Enteignung beginnen, d. h. dann, wenn die Polen den Enteignungspreis nicht werden mit Leichtigkeit zum Erwerb deutscher Güter verwenden können. Man kann natürlich nicht im voraus beurteilen, wozu die Regierung durch die Parteien wird gezwungen werden, aber das ist, wie wir meinen, ihr Plan.

Im Jahre 1910 erwarb die Kommission ein Drittel des von ihr gesicherten Arealquantums (60 000 von 170 000 Morgen.) Sie kaufte gewiß, wie jetzt gewöhnlich, damit der Pole nicht kaufe, oder

um ihre Besitzungen abzurunden. Aber weshalb soll sie übrigens kaufen, da sie beim Sichern nur etwa ein Sechstel des Kaufpreises ausgibt, nichts einbüßt und ein sofortiges Resultat erreicht. Nehmen wir ein Beispiel:

Wenn eine Wirtschaft nach der vorsichtigen Taxe der örtlichen deutschen Darlehns-Genossenschaft auf 80 000 Mark abgeschätzt wurde, dann entfällt die Grenze des Darlehens der Kommission auf 60 000 Mk. (bis drei Viertel des Schätzungswerts). Auf die erste Stelle ließ die Landschaft ca. 47 000 Mark, die Ansiedlung ließ hinzu 13 000 Mk., zusammen 60 000 Mk. Würde die Kommission kaufen, dann würde sie somit 80 000 Mark mehr ausgeben (denn für den mit Rücksicht auf die eigene Bürgschaft niedrigen Taxpreis der Genossenschaft wird niemand der Kommission ein Gut verkaufen), während sie bei Darlehns-gewährung nur 13 000 Mark ausgibt. Sie übernimmt dabei keinerlei Aufgaben und Mühen, und das Land bleibt doch deutsch. Um was handelt es sich denn mehr?

Allerdings, man leiht Deutschen, die schon unter uns anständig sind, will dagegen, wenn man kauft, Parzellanten aus dem Westen ansiedeln. Aber dieser Unterschied ist für die Zwecke der Politik kein großer, umsoweniger, als die ersehnten Zuzügler sehr ungern kommen, weshalb die Kommission seit langem auch Diefigen verkauft, wenn sie antipolnische Arbeit geloben. Kein Wunder somit, daß die Kommission in der Regel ihre Kunden durchaus zur Mittelstandskasse bzw. Bauernbank schickt.

Anfang 1908 bewilligte der Landtag 75 Millionen zu Zwecken der Regulierung durch die Mittelstandskasse und Bauernbank zu Händen der Ansiedlungskommission. Gegenwärtig berichtet die Kommission, sie habe für diesen Zweck schon 48 Millionen in Darlehen ausgegeben. Aber sie hatte schon vor 1908 Geld ausgeliehen entgegen den Bestimmungen ihres Gesetzes, um beide Institute im stillen in Bewegung zu setzen. Wenn — was wahrscheinlich ist, ich aber fürs erste schwer feststellen kann — die ausgegebenen 48 Millionen von den bewilligten 75 Millionen in Abzug gebracht werden, dann wird die Regierung vielleicht schon im künftigen Jahre mit dem Antrage auf Bewilligung eines neuen Fonds zwecks weiterer Sicherung von Land in deutschen Händen hervortreten. Dann wird sie aus ihrer Reserve heraustreten, und dann wird die Angelegenheit des Ausrottens der Polen vom vaterländischen Boden auch von neuem mit voller Kraft aufgeworfen werden. Aber dann werden auch die Erfahrungen der Regierung reichlicher sein, und neue Teile des antipolnischen Planes werden indessen reifen. Gleichwohl scheint es, daß die Regierung dem Landtag keinen neuen Gedanken in einem Gesetzentwurf vorlegen wird; dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß sie mit aller Energie fortfahren wird in der Sicherung des Bodens in deutschen Händen.

Die Mittelstandskasse und die Bauernbank sind nämlich die einzigen Institute, die ihr bei dem Bestreben, uns den Boden zu nehmen, praktisch völlig gelungen sind. Praktisch, denn die Einrichtung an sich krankt an verschiedenen Mängeln, aber sie kommen wenig an den Tag, da wir uns überhaupt nicht verteidigen.

Bisher hat die Regierung unsre Kraft und unsre Geschicklichkeit im Verteidigen bewundert. Gegen die Ansiedlungskommission haben wir Parzellierungsinstitute geschaffen, gegen welche die Regierung lange vergebens ein Mittel gesucht hat und bisher noch sucht. Es schien ihr, daß sie es in der Robelle gefunden habe, die uns das Ausbauen in Parzellen verwehrt. Aber wir haben die Schärfe umgangen, indem wir den

parzellierten Boden den benachbarten Wirtschaften zuschlugen. Gleichzeitig hat die Regierung ein sehr verwickeltes System erdonnen, um uns die Möglichkeit des Aufkaufens deutschen Bodens zu nehmen. Zu dem Zwecke hat sie die Mittelstandskasse und die Bauernbank geschaffen und beide Institute einerseits mit der Ansiedlungskommission und durch sie mit dem Zentralapparat in Berlin verbunden, andererseits mit den deutschen Kreditgenossenschaften. Das System bringt die verschiedenen Ideen und Wünsche der Regierung zum Ausdruck. Nun ist jedes verwickelte System überhaupt naturgemäß unakurat, und es muß seine schwachen Seiten haben. Politische Ideen aber lassen sich nie genau verbinden, denn sie sind naturgemäß divergierend und stammen aus voneinander abweichenden Quellen.

Uns indes hat gleichsam der natürliche Witz verlassen. Zunächst haben diese Institute einige Jahre lang unerkannt gearbeitet. Das schon zeugt nicht sehr günstig von unsrer Wachsamkeit. Indes steigert sich in geradem Verhältnis zu unserer Untätigkeit das Ungeheim der Arbeit der Gegner. Das ist ganz verständlich; denn soviel sie vor unsrem Aufrufen zur Verteidigung ausrichten, soviel beträgt der Gewinn der Regierungspolitik von vornherein. Noch mehr, um so geringer sind die Chancen unseres schließlichen Sieges nicht nur auf dem Terrain des Kampfes um den Boden, sondern unsres Nationalitäten-Kampfes überhaupt.

Hat das Enteignungsgesetz uns gelähmt? Zweifellos rechnete die Regierung auf den Eindruck seiner Strenge. Und sie irrte sich nicht. Es war das einer der geheimen Gründe, wegen deren sie es eher gebrauchte, als sie zu enteignen beabsichtigte. Bekanntlich hat die Regierung einem Teile der Konservativen versprochen, sie werde das Enteignungsgesetz eine gewisse Zeit nicht anwenden. Der Begriff „hat versprochen“ ist nicht im üblichen Sinne des Wortes zu verstehen; denn indem er nur einen Teil der regierungsseitigen Absichten offenbarte, versprach er in Wirklichkeit nichts. Wozu uns somit mit der Hoffnung täuschen, daß die Enteignung überhaupt nicht werde angewandt werden? Der Mangel an Wachsamkeit und das mehrjährige Warten haben schon genug Schaden angerichtet. Der Gorgo muß man durchaus ins Antlitz schauen. Man muß sich zu dem Heldentum des Perseus aufschwingen, welcher den Mut sammelte, ihr Auge in Auge gegenübertrat und ihr den Schädel abschlug. Es zeigte sich, daß sie nur für diejenigen grauenhaft war, welche sie fürchteten.

Um aber unsere Herzen zunächst zu reinigen, muß man sich der Politik der „Familiengüter“ entäußern, von den größten bis zu den kleinsten — einer im übrigen achtbaren und verständigen Politik. Ist doch im Lande unserer Väter uns jede Wirtschaft in gleichem Maße teuer, ob sie in unserer oder einsteilen in fremder Hand ist!

Sodann muß man sich über die Lage klar werden, wie sie durch die Pläne der Regierung und durch deren Einrichtungen geschaffen worden ist. Die Aufgabe lautet folgendermaßen: „Wie haben wir uns dagegen zu verteidigen, daß man uns den Landernwerb unmöglich macht? Überlegen wir in Ruhe, der Rest wird nicht mehr schwer sein. Und zu diesem Reste, den wir viribus unitis ersinnen und ausführen werden, wie wir es in solchen Fällen gewohnt sind, können wir von vornherein Vertrauen haben.“

J. M. P.

Aus Nr. 52 des Wielkopolanin (Posen)
vom 22. April 1911:

Zwischen Hammer und Amboß.

Der Kanzler des deutschen Reichs, Herr von Bethmann-Hollweg ist ein trockener, geiziger, ja sogar sehr geiziger Mensch in seinen parlamentarischen Reden und ohne die rührige Phantasie, die seinem Vorgänger Fürsten von Bülow eigen war, der gerade, dank seiner Biegsamkeit, sich lange auf der Oberfläche halten konnte, und dem erst die bekannte Finanzreform, die solche schreckliche Steuerlasten den breiten Volksmassen auferlegte, das Genick gebrochen hat.

Der heutige Reichskanzler ist zweifelsohne ein Mensch mit einem anderen politischen Charakter als sein Vorgänger, den man in parlamentarischen Kreisen ziemlich allgemein den „Mann der Phrase“ nannte. Des ungeachtet ist Herr von Bethmann-Hollweg ebenso ein Anhänger der Reaktion und der reaktionären Politik wie es Fürst Bülow war. Ein anderer Mensch ist auf dem Ministerstuhl in Deutschland und vor allen Dingen in Preußen überhaupt nicht möglich. Dort muß jeder Minister mit dem heute noch mächtigen Einflusse der konservativen Partei rechnen. Ein Minister, der mit diesen Parteien nicht zählt und sich nach ihren Wünschen und Forderungen nicht richtet, fällt.

Aber gerade Herr von Bethmann-Hollweg, der „Philosoph“, wie man ihn nennt, gerät immer mehr zwischen Hammer und Amboß. Schon vor einer geraumen Zeit hat man seinen Fall anlässlich der bekannten elsass-lothringischen Frage prophezeit. Doch hat er sich bis zum gegenwärtigen Augenblick noch halten können, der Konflikt spitzt sich jedoch zu. In der elsass-lothringischen Angelegenheit hat Herr von Bethmann-Hollweg gegenüber den Konservativen und preussischen Junkern viel Selbständigkeit bewiesen. Aber gerade diese Selbständigkeit gefällt diesen Herrn nicht. Und diese Herren verstehen keinen Spaß. Minister, die nicht nach ihrer Weise tanzen, beseitigen sie ohne jeden Skrupel. Die Macht und Kraft haben sie dazu. Und damit ist auch zu erklären, daß die preussischen und deutschen Minister den Kriegslärm der Linken weder fürchten noch zu fürchten brauchen, doch ein Stirnrücken der konservativen Parteien erfüllt sie mit Angst und wird für sie gefährlich. Die preussischen Konservativen befassen sich nicht mit großer und lärmender Stürmung der Regierung; für denjenigen, der ihnen nicht paßt, haben sie viel wirkungsvollere Mittel in der Hand. Wozu ist die Intrigue und die Hofkamarilla da? Damit muß jeder preussische Staatsmann rechnen.

Weil nun Herr von Bethmann-Hollweg in der elsass-lothringischen Angelegenheit sich nicht ganz nach den Wünschen der Herren Konservativen richtete und in dieser Beziehung viel, für einen preussischen Staatsmann sogar sehr viel Selbständigkeit bewies, so prophezeit man ihm in der Berliner Presse — sogar in angesehenen Organen — kein langes Amtieren mehr und man sagt dort noch vor den Neuwahlen eine Kanzlerkrisis voraus. Politische Prophezeiungen sind eine undankbare Sache. Doch unabhängig von der elsass-lothringischen Frage sammeln sich tatsächlich Wolken über dem Haupte des deutschen Kanzlers an. Zu den Parteien, auf welche die Reichsregierung immer zählen konnte, gehörten die Nationalliberalen, welche sich überwiegend aus Besitzern von Hütten- und Bergwerken und anderen zahlreichen industriellen Unternehmungen und Fabriken rekrutieren. Diese Nationalliberalen — nebenbei gesagt die verbissensten Feinde der katholischen Kirche und der polnischen Nationalität — fangen an, nach links abzurücken, so daß die Regierung auf sie

nicht mehr rücksichtslos und sicher rechnen kann. Bisher gingen die Nationalliberalen immer mit den konservativen Parteien, gegenwärtig ist nach langen Verhandlungen ein förmlicher Vertrag zwischen ihnen und den Freisinnigen für ganz Deutschland mit Ausnahme einiger Provinzen zustande gekommen. Diese Phalanx wird zweifelsohne gegen den neuen schwarz-blauen Block marschieren. Angesichts einer solchen Situation wird die deutsche Regierung im Reichstage keine Mehrheit, auf die sie sich stützen und mit der sie regieren könnte, besitzen.

Der Kanzler besitzt — wie man allgemein versichert — viel philosophische Ruhe. Doch die gegenwärtigen Verhältnisse fangen an, sich so zu gestalten, daß der „Philosoph“ langsam in eine Sackgasse gerät. Gegenwärtig hat er fast keine größere Reichstagspartei hinter sich. Die Konservativen werden ihm die elsass-lothringische Angelegenheit sicher nicht verzeihen, die Nationalliberalen wenden sich von ihm ab und die Freisinnigen können es ihm nicht vergessen, daß er sie nach dem Fall Bülows förmlich von sich gestoßen hat. Es bliebe noch das Zentrum — doch auch dieses ist nicht sicher und hat eigene politische Kombinationen und wird für Herrn von Bethmann-Hollweg jedenfalls nicht die Kastanien aus dem Feuer holen.

Diese gegenwärtige politische und parlamentarische Verwirrung ist den deutschen Sozialdemokraten höchst willkommen, die als „der lachende Dritte“ die Hände reiben und bei den Neuwahlen auf einen Zuwachs von etwa 20 Mandaten rechnen. Und sie werden solche ziemlich leicht gewinnen können, denn solche Unzufriedenheit und Erbitterung, wie sie gegenwärtig unter den breiten Massen in Deutschland namentlich nach der bekannten Finanzreform herrscht, war schon lange nicht vorhanden. Um dieser Unzufriedenheit und Erbitterung Herr zu werden oder sie teilweise zu vermindern, dazu wird Herrn von Bethmann-Hollweg die Kraft fehlen. Davon schreiben unzweideutig die Organe der angesehenen politischen Parteien.

Und doch dachte dieser selbe Herr von Bethmann-Hollweg nach Übernahme des Amtes an die Politik der „Zusammenfassung der Parteien“. Nicht nur, daß er sie nicht zusammenfaßte, es geht ihm sogar vor den Augen alles auseinander. Es konnte auch nicht anders kommen, denn in Deutschland ist die öffentliche Meinung demoralisiert. Es demoralisierte sie, vielmehr es vergrößerte ihre Fäulnis Fürst Bülow, den anfänglich seine Anhänger den „kleinen Bismarck“ nannten. In einem Staate, in welchem man kaltblütig die Kolonisation, die Enteignung, den Maulkorbparagrafen durchführte, muß der Zerfall der öffentlichen politischen Verhältnisse eintreten. Wir Polen haben wohl keine Ursache, uns darüber den Kopf zu zerbrechen. Möge sich ihn Herr von Bethmann-Hollweg, solange man ihm noch erlaubt, in seinem Amte zu bleiben, zerbrechen.

Aus Nr. 87 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 16. April 1911.

Galleluja!

Nach den Tagen der Trauer das Fest der Freude. In Andacht und Zerknirschung haben wir uns auf den Empfang des Auferstandenen vorbereitet. Wir haben dies getan, weil es uns so unsere heilige Kirche lehrt.

Ostern erinnert uns nicht nur daran, daß „wir von den Toten auferstehen sollen“, d. h. unsere Sünden ablegen sollen, sondern ruft uns Polen auch ins Gedächtnis, daß unsere Nation in der Sklaverei seufzt,

in welche uns unsere eigenen Fehler und Mängel noch immer mehr hineinstürzen, und daß wir die heilige Pflicht haben, an der Auferstehung unserer Nation zu arbeiten. Es liegt nicht in unserer Macht, unsere Nation in politischer Hinsicht wieder ins Leben zurückzurufen, sondern wir können nur an eine moralische Wiederbelebung denken, an ein Auferstehen aus unsern Fehlern und Mängeln. Wenn wir in dieser Hinsicht unsere Pflichten gehörig erfüllen, dann können wir das übrige ruhig Gott überlassen.

Unsere Fehler sind zahlreich, besonders empfindlich macht sich aber in unserer Volksgesamtheit unsere Nachgiebigkeit gegenüber dem Deutschtum bemerkbar, welche bewirkt, daß sich die polnischen Kinder verdeutschten, daß sich in polnischen Familien und Gemeinden die deutsche Sprache verbreitet, daß Tausende von Polen vom mütterlichen Stamm abfallen und die Reihen unserer Gegner verstärken. Deshalb müssen wir bemüht sein, daß gerade in unsern Grenzmarken unsere Brüder diese in ihren Folgen für uns so schädliche Schwäche ablegen. Ausrotten können wir sie durch Verbreitung der nationalen Aufklärung, die zugleich dazu beiträgt, das andere Unkraut auszurotten, das auf unserm nationalen Acker wuchert. Möge die Aufklärung jener helle Strahl sein, der durch seinen Glanz die Wächter unseres Grabes lähmen wird, und uns wird nach erfüllter Pflicht, beim Anblick der sich aus der Dunkelheit emporringenden Nation, der frohe Schrei des Triumphes aus der Brust dringen:

Halleluja!

Aus Nr. 89 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 19. April 1911:

Wie deprimierend wirken auf die Scharen der polnisch-katholischen Gläubigen die Hiobsnachrichten, die sich auf dem Gebiet der

Germanisierung durch die Kirche

von Tag zu Tag häufen! So schreibt man uns z. B. neuerdings aus Schubin:

Zum ersten Male, solange unsere Kirche steht, d. i. seit 500 Jahren erscholl in ihr am ersten Festtage nach der Hauptandacht deutscher Gesang. Die „Dajczkatholiken“, deren Handvoll sich hier aus Beamten zusammensetzt, bombardierten solange an die Behörde, bis sie schließlich erzwangen, daß achtmal im Jahre, und vor allem an allen ersten Festtagen nach der Hauptandacht für sie deutsche Predigt nebst Gesang eingerichtet wird. Bisher fanden einige Predigten im Jahre in der Frühandacht statt, aber das genügte ihnen nicht. Hinzugefügt muß werden, daß unter diesen eifrigen Katholiken einige Lehrer und Beamte polnischer Herkunft bzw. solche waren, die mit Polinnen verheiratet sind. Um die Zahl der Teilnehmer zu vergrößern, erschien auch ein evangelischer Deutscher. Mit Recht bemerkte der geistliche Rat S. nach beendeter polnischer Andacht, die polnischen Katholiken sollten hinausgehen, da Andacht für die Deutschkatholiken stattfinden werde.

So weiß sich die Handvoll der im Interesse der Vermehrung des Deutschtums hierher versetzten Beamten bei der Behörde das zu erkämpfen, was Tausende der Unseren anderswo nicht gewinnen können.

Aus Nr. 16 des Głos Wielkopolskanek (Posen)

vom 21. April 1911:

Wo bleibt die geistliche Behörde und wo bleibt Rom?

Die Germanisation dringt bei uns durch Fenster und Türen hinein! Besonders in den Grenzmarken des Großherzogtums, in Schlesien, in Westpreußen und in der Fremde feiert das System der Germanisation der Polen auf eine direkt unerhörte Weise Orgien. Die Schule und die Behörden stehen schon lange in den Diensten der Germanisation. Diesen beiden wichtigen Faktoren kommt nun die Kirche — nicht die amtliche — sondern die in Person der verbissenen Habsbisten im Talare, zu Hilfe, die wie die Kreuzritter, ein Kreuz an der Brust und giftigen Geiser für alles, was polnisch heißt, im Herzen tragen. Diese Kreuzritter-Geistlichen sind die geistigen Führer der „Amtskatholiken“, Leuten von meistens polnischen Namen, aber verbissenen habsbischen Herzen.

Von der Germanisation durch die Kirche ist fast immer unsere Tagespresse voll, weil sie eine fortwährende ständige Erscheinung bildet. Sagen wir lieber, daß noch nicht laut genug von ihr gesprochen wird, denn solche Sachen, wie in Klein-Kreutzsch, wo aus Schuld der deutschen Katholiken in der Kirche sogar Blut geflossen ist, und solche, wie in Rattowitz geschehen sind, wo in der Kirche einige Dutzend Deutsche einige Hundert Polen überschreien wollten, sind direkt eine schreiende Gewalttätigkeit. Über solche Sachen müßte so lange geschrieben werden, bis die geistliche Behörde, die soviel Energie bewiesen hat, als es z. B. um das Verbot der Zugehörigkeit der Geistlichen zum „Strasch“ ging, nicht auch in die in den Grenzparochien herrschenden Verhältnisse hineingeblickt haben wird.

Es liegt dieses im Interesse der Kirche, daß die geistliche Behörde, daß sogar Rom sich mit diesem unerträglichen Verhältnisse befasse. Denn sogar unter der gläubigsten und am heiligen Glauben am meisten hängenden Bevölkerung wächst beim Anblick dessen, was geschieht, die Verzweiflung. Man hört ein dumpfes Murren, welches für die Kirche leicht gefährlich werden kann. Wir erinnern uns an den Brief jenes unglücklichen Vaters in Posen, der anfragte, ob man ein Kind, um es vor dem deutschen Religionsunterrichte in der Schule zu bewahren, nicht als konfessionslos anmelden könne. Kann angesichts dessen die geistliche Behörde taub bleiben?

Wenn derartige Stimmen am Sitz der geistlichen Behörde laut werden, um wieviel schlimmer muß es dort aussehen, wo es einerseits schwierig um die Kontrolle bestellt ist und wo andererseits die Deutschen, welche in der Überzahl sind, so hochmütig den Polen gegenüber auftreten! Um wieviel schlimmer ist es dort, wo auf dem Bischofssthrone ein Deutscher sitzt und in den Parochien geistliche Germanisatoren, solche Geistliche wie Feja, Nieborowski, Raffet in Schlesien, Herbst, Neglass und viele andere in Westpreußen, von den Verhältnissen in der Fremde, die sozusagen dem Zentrum als Beute ausgeliefert wurden, schon gar nicht zu sprechen, herrschen? Man könnte verzweifeln, wenn man auf die Arbeit dieser geistlichen Germanisatoren sieht, verzweifeln, wenn man darüber nachdenkt, was aus der Christusidee geworden ist. Sie kämpfen nicht im Sinne dieser erhabenen Idee, welche die Liebe und Gerechtigkeit ist, sondern sie kämpfen um Orden und weltliche Auszeichnung, um fette Pfründen.

Wahrlich, Christus wird über sie ein schrecklicheres Gericht halten, als über diejenigen, die zu seiner Zeit im Tempel verkauften.

Wo bleibt Rom angesichts alles dessen, angesichts dieser Germanisation in der Kirche, angesichts der

Spione im Talare, welche im Pielpliner Seminar sitzen? Wir verstehen den Schmerz des apostolischen Stuhles angesichts der Vorgänge, die in Rom selbst geschehen, wir verstehen ihren entschiedenen Kampf mit der spanischen Regierung um die weltlichen Klostergrüter, doch das Politisieren mit der preussischen Regierung können wir leider nicht verstehen, denn hier geht es nicht um weltliche, sondern um geistige Güter, um die bedrohten Grundpfeiler des heiligen Glaubens inmitten unseres polnischen Volkes.

Schon seit einer Reihe von Jahren muß sich unsere Erzdiözese ohne Oberhaupt behelfen, umsonst warten wir bisher auf einen Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Stabilewski. Die Politik blüht, nur unsere Kapitel werden indessen immer mehr deutsch, es sitzen in ihnen nur geistig fremde Leute, die sich mit Orden schmücken. Die Deutschen — amtliche Katholiken — tun, was nur ihnen beliebt und schädigen die Polen; entgegen dem Willen der Parochianen, trotz ihrer Proteste besetzt man die Propsteien mit verhassten Leuten!

Soll diejenigen, die darauf sehen, nicht Verzweiflung erfassen, sollen und müssen wir nicht mit Angst fragen: Wo bleibt die geistliche Behörde, wo bleibt Rom?

Aus Nr. 89 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. April 1911:

Miernuszn.

Große Trauer herrscht hier über die Verschacherung eines 70 Morgen großen Stückes Erde an einen Deutschen und Lutheraner. Es hat sich dies zu schulden kommen lassen Herr Piesek, ein Pole, dem der Lutheraner für die Wirtschaft 30000 M. zahlte. Und nicht nur vaterländischen Boden verschachtete Herr Piesek, sondern er setzte noch zum Überfluß den Volksverein aufs Pflaster, der bei ihm seine Versammlungen abhielt. Das ist traurig! Vor vier Jahren erwarb Herr Piesek diese Wirtschaft von einem Juden und man freute sich damals, daß vaterländische Erde in polnische Hände zurückgekehrt war, aber jetzt sehen wir, daß unsere Freunde verführt war. Der Jude übergab vor 4 Jahren die Wirtschaft dem Polen, weil er sich hierzu angeblich gegenüber dem Polen, der ihm die Wirtschaft verkauft hatte, verpflichtet hatte, aber der lutherische Deutsche wird sie sicherlich nicht an einen Polen verkaufen. Und weshalb hat uns Herr Piesek ein derartiges Unrecht zugefügt? Wollte er sich vielleicht beim Herrn Landrat einschmeicheln, der ihm die Hand gereicht hatte? Angeblich verdreht ein derartiger Gnadenbeweis manchmal den Kopf.

Bei der Verschacherung des Landes hat angeblich gleichfalls eine gewisse Rolle der Wirt Tarlinski aus Wielkowiec gespielt, der sich indessen überall als „deutscher Mann“ ausgibt. So haben wir also ein Stück Land verloren, einen Lutheraner mehr in unser Dorf bekommen und der Volksverein hat das Dach über dem Haupte verloren. Bei kräftiger Arbeit werden wir indessen nicht untergehen, nur bewahre uns unser Herrgott vor noch mehr derartigen Verkäufeln.

Aus Nr. 90 des Lech (Gnesen)
vom 20. April 1911:

Ein bedrohtes Gut.

Man teilt uns mit, daß Herr Josef Chojcecki aus Rozłowko bei Tremessen der Ansiedlungskommission sein

268 Morgen großes Vorwerk angeboten hat und dies einzig der Spekulation wegen, um möglichst viel einzuheimfen. Wir können nur schwer glauben, daß diese Nachricht auf Wahrheit beruhen soll, weil man uns von anderer Seite Herrn Chojcecki als guten Polen und Katholiken schildert.

Sein Vater war ein großer Patriot, der für seinen Patriotismus einmal mit zwei Wochen Gefängnis und ein zweites Mal mit 50 Taler Geldstrafe bestraft wurde. Sicherlich würde er sich im Grabe vor Kummer umdrehen, wenn sein Sohn unter die Verschacherer gehen würde.

Aus Nr. 90 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. April 1911:

Reisen-Medaille.

Wie man aus Lemberg mitteilt, wird dort eine Medaille herausgegeben, welche den Zweck hat, den Verkauf von Reisen zu verewigen. Die Medaille enthält auf der einen Seite ein Bild des Schlosses Reisen, auf der anderen Seite die Konterfeis der Persönlichkeiten, die mit der Sache in Verbindung stehen, also: des Fürsten Anton Sulkowski, der Grafen Anton und Heinrich Potocki, der Abgeordneten und Rechtsanwälte v. Dziembowski und v. Loewenstein. Die Medaille hat die Inschrift: „Vendit hic auro patriam, Dominum potentem imposuit“. Geprägt werden 300 Exemplare der Medaille.

Aus Nr. 4 der Straz (Posen)
vom April 1911:

Vom Vorstand.

Die Hauptdelegiertenversammlung hat folgende Änderungen in den Satzungen der Ortsvereine beschlossen. Dem § 2 wird hinzugefügt:

c) Unterstützung der bestehenden Wahlorganisationen bei Durchführung von Wahlen.

Der § 9 lautet:

Jedes Mitglied zahlt einen Beitrag von mindestens ... und ist verpflichtet die Monatschrift Straz zu abonnieren.

Der § 11 lautet:

Das Kalenderjahr ist auch das Rechnungsjahr des Vereins.

Aus Nr. 95 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. April 1911:

Jubiläum des Posener Sokolvereins.

Wir erfahren, daß am 4. und 5. Juni d. Js. (zu Pfingsten) der Posener Turnverein Sokol, dessen Vorsitzender Dr. Xaver v. Jatzewski ist, sein 25-jähriges Jubiläum feiern wird. Die Feier kündigt sich sehr glänzend an. Gleichzeitig wird der Sokolverein im eigenen Verlage eine Jubiläumsdenkschrift herausgeben, für welche als Mitarbeiter die hervorragendsten derzeitigen Autoren auf dem Gebiet der Literatur und der physischen Erziehung eingeladen worden sind.

Aus Nr. 4 des Zjednoczenie (Posen)
vom 2. April 1911:

Berein der Landwirtinnen.

Die Aufgaben und die Organisation.

Referat aus der Generalversammlung vom 7. Februar 1911.
(Fortsetzung.)

Außer der Arbeit an den ländlichen Kindern und der Jugend, muß auch den Kranken Schutz gewährt und an der Hebung des Gesundheitszustandes des ländlichen Volkes gearbeitet werden.

Einer der größten Übelstände im Leben unseres ländlichen Volkes ist in vielen Driechasten der gänzliche Mangel eines richtig organisierten Krankenschutzes, und daraus leiten sich auch die wirklich kläglichen hygienischen Verhältnisse her. Man sagt, daß das Dorf Gesundheit und langes rüstiges Leben gebe, es scheint aber, daß gerade für die schlechten hygienischen Verhältnisse, dieses Wort sich heutzutage, als hohle Redensart herausgestellt hat. Die statistischen Zahlen werden uns wieder beweisen, daß die Sterblichkeit auf dem Lande fast um 0,1 Prozent größer ist, als in den Städten. Die glänzenden Errungenschaften der letzten Zeit auf dem hygienischen Gebiete sind größtenteils für unsere Dörfer ohne jegliche Bedeutung.

Die Ärzte und wir Geistlichen, welche so oft die Häuser der Landleute besuchen und auf ihre Kranken schauen, könnten ganze Geschichten erzählen, über den gänzlichen Mangel des Verständnisses vieler Familien, für die einfachsten Grundsätze der Gesundheit. Was dort für eine Verlassenheit und Nachlässigkeit herrscht, davon könnte sich gewiß so manche der geehrten Damen persönlich überzeugen. Eine zielbewußte und systematische Arbeit ist hier sehr erwünscht.

Wir beklagen uns heute über die schwierige soziale Lage. Die Arbeitsleute klagen über den geringen Verdienst und behaupten, daß man heute sehr schwer mit einer zahlreichen Familie von der Landarbeit in der Heimat bestehen könne. Deshalb nimmt auch das Auswanderertum einen so großen Umfang an. In vielen Gegenden gibt es fast keine Familie auf dem Dorfe, welche nicht ihre erwachsenen Kinder, ihren Vater in die weite Welt nach Brot schicken würde. Es mangelt an Raum und es ist auch heute keine Zeit dazu, um die Frage des Auswanderertums unseres Volkes ausführlicher zu besprechen, für die sich die verschiedensten Ursachen geltend machen und welche für viele Gegenden eine wahre Niederlage werden kann, ganz abgesehen von der Gefahr, welche dem arbeitenden Volke betreffs des Verlustes des Glaubens und der Nationalität unter Leuten fremder Überzeugungen und fremder Sprache droht. Wir müssen uns gegenwärtigen, daß wir, wenn wir das Auswanderertum auch nicht vollständig zurückhalten werden, es doch verringern und viele seiner Gefahren beseitigen können. Mögen nur die geehrten Damen gütigst ihre Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres ländlichen Volkes und vor allen Dingen dem wirtschaftlichen Familienleben unserer Landarbeiter zuwenden. Das ist das einfachste Volk, welches in allen Schichten unserer Gesamtheit ohne Frage kulturell und wirtschaftlich am tiefsten steht und das in jeder Hinsicht fast wie ein Kind, welches man laufen und sprechen lehrt, Hilfe und sorgfältigen Schutz gebraucht.

Es ist klar, daß es von dem, was es hat und was es verdient, für sich in zahlreichen Fällen eine erträglichere Lage schaffen könnte, vielleicht oft eine bessere, als ein Fabrik- und Industriearbeiter, dessen Loos ihn so lockt, daß er so oft aus dem Dorfe in die Stadt unter dem Vorwande der Erwartung eines höheren Verdienstes hinauszieht. Hier ist durchaus in

dieser Hinsicht Aufklärung, Lehre und Hilfe für unsere Familien der Landarbeiter nötig. Ich habe hier unter anderem das ganze Gebiet der Hauswirtschaft der Frau im Sinne, angefangen von den einfachsten Fragen der Haushaltung, des Kochens, des Nähens, bis zur Geflügelzucht, zu Gartenarbeiten usw. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Wirtschaft einerseits infolge der Unkenntnis der Sache, Nachlässigkeit und Ungeglichlichkeit noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, und daß andererseits diese Sachen, wenn sie gut ausgeführt werden, manchen Familien hohe Einnahmen bringen, daß sie das Leben angenehm machen, daß sie Anhänglichkeit an das Land und an die Arbeit schaffen und die Lust zum Auswandern in die Welt nehmen, in vielen Fällen aber wenigstens den Grund zur Auswanderung beseitigen.

Im Zusammenhang damit verbleibt noch die Frage, unser Volk auf die ihm bisher unbekannten aber möglichst neuen Erwerbsquellen aufmerksam zu machen, die Frage einer eventuellen Schaffung der sogenannten Hausindustrie, die sich in Galizien und im Königreich Polen eines guten Fortganges zu erfreuen hat.

Man kann schließlich, wenn man über die soziale Arbeit der Frauen auf dem Dorfe spricht, diese ganze so dankbare und noch so im Argen liegende rationelle und systematische Aufklärung des Volkes nicht übergehen. Wir haben heute bei uns eine ganze Reihe von Institutionen und Organisationen, deren Zweck die Ausführung dieser so weitgehenden Aufgabe ist. An die Spitze muß ich hier den Volksleseverein stellen.

Zwecke weitgehend: Bücher, Lesevereine, Unterhaltungen, Vorträge und Lichtbilder.

Organisation: Allgemeine. — In jedem Kreise sind Komitees, die aus mehreren Personen bestehen. — Zu tun ist viel — es wird nur immer geklagt, daß noch sehr wenig Verständnis und noch sehr wenig Hände zur Arbeit seien. Die beiden letzten Aufklärungsversammlungen des Volkslesevereins wandten sich mit einer großen Bitte an die polnischen Frauen um Hilfe bei der Arbeit, welche sehr notwendig und vielleicht die leichteste und dankbarste in unseren Dörfern ist.

Die Hilfe der Damen in dem Volksleseverein ist in den verschiedensten Richtungen möglich und zwar:

1. Die Damen können der Organisation des Volkslesevereins und den Kreiskomitees angehören.
2. Die Damen können sich mit der Leitung der Bibliotheken und Lesehallen befassen.
3. Die Damen können sich in ihren Kreisen mit der Sammlung der bei uns so notwendigen Fonds für die Aufklärung und für den Volksleseverein befassen, sie können sich am erfolgreichsten betätigen, denn die Bitten der Damen, die im Namen der guten Sache vorgebracht werden, wird niemand abschlagen.
4. Die Damen können in ihren Dörfern Aufklärungszirkel zur Bildung des Volkes und vor allen Dingen der Jugend organisieren.
5. Die Damen können sich an den Vorträgen, oder an den populär wissenschaftlichen Darbietungen beteiligen.

Das ganze Gebiet ist wieder eine sehr nützliche soziale Arbeit.

Wir haben schließlich in unseren Dörfern landwirtschaftliche Vereine, Arbeitervereine und hier und da Gesangsvereine. Viele polnische Frauen arbeiten eben mit großem Nutzen in diesen Organisationen und es unterliegt keinem Zweifel, daß ihre Hilfe immer erwünscht und notwendig sein wird, denn man kann niemals zu viel tun, und fast immer und überall fehlt bei der sozialen Arbeit Hilfe.

Das ist nur eine beiläufige Übersicht der wichtigsten Gebiete, auf welchen die polnische Frau in unseren Verhältnissen ihrer Gesamtheit außerordentlich nützlich werden kann. Deshalb rufen die geehrten Damen zur systematischen, wissenschaftlichen und vor allen Dingen allgemeinen Durchführung dieser großen Aufgaben und zur Befriedigung der großen Bedürfnisse, einen neuen Verein ins Leben, nämlich den Verein der Landwirtinnen.

(Schluß folgt.)

Aus Nr. 7 des Kupiec (Posen)
vom 1. April 1911:

Bitte an den Verband der Fabrikanten und Anfrage über die Wäschefabrik.

Herr Marian Betlowski aus Bad Schönlitz bittet durch Vermittlung des Kupiec den Verband der Fabrikanten, er möge doch ein Verzeichnis aller Großfabrikanten in Form kleiner Bücher als Beigabe zu unserer Zeitung herausgeben oder dieses Verzeichnis mit der Post an alle polnischen Kaufleute in Deutschland senden. Es handelt sich nämlich darum, daß die Kaufleute wüßten, welche Erzeugnisse sie von polnischen Fabrikanten und Groß-Kaufleuten beziehen können. Das Verzeichnis müßte also die genauen Adressen enthalten und auch die Artikel aufführen, welche die Fabrik herstellt oder welche der Großist verkauft.

Ferner fragt Herr Betlowski an, von welcher Zeit ab man von der zu gründenden Wäschefabrik werde Waren bestellen können.

Wir bitten den Ausschuß der Korporation christlicher Kaufleute und den Verband der Fabrikanten, in dieser Angelegenheit das Wort zu nehmen.

Aus Nr. 8 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 18. April 1911:

Vor der Versammlung der Vertreter.

Es naht der Tag der Zusammenkunft der Vertreter der Vereine der kaufmännischen Jugend, die unter der Fahne der „Vereinigung“ organisiert sind. Die 5. Delegiertenversammlung der 60 bestehenden Vereine wird am 23. April in der Stätte Przemyslawski stattfinden. Die Repräsentanten dieser kaufmännischen Jugend aus nah und fern, aus der Fremde und aus den entlegensten Winkeln werden gleichsam als die Lenker jener 60 Wachen auftreten, um sich gegenseitig die Frage vorzulegen: Was haben wir getan und was werden wir weiter tun?

Wenn wir uns den Anfang unserer Organisation vergegenwärtigen und ihre Entwicklung betrachten, dann müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß sie nicht nur schnell, sondern auch planmäßig wächst. Das verflossene Jahr war besonders günstig für die Entwicklung. Die Früchte der Organisationsarbeit im Jahre 1910 sind reichlich genug, es werden Vereine gegründet in Danzig, Bochum, Stettin und in vielen anderen Orten.

Die innere Arbeit in den einzelnen Vereinen war regelmäßig, häufig sogar sehr lebendig. Von den Mitgliedern (2300) beteiligten sich an den Versammlungen 75%, es sind 479 Vorträge gehalten worden. Diese beiden Momente sind ein Beweis dafür, daß die kaufmännische Jugend die aufklärende Arbeit in ihren Reihen voll und ganz anerkennt. Es ist möglich, daß bei dieser Arbeit hier und da unser berufliche Charakter in sozialer Hinsicht zu wenig in den Vorder-

grund getreten ist. Wir geben zu, daß die fremden Organisationen auf dem Gebiete bessere Resultate aufzuweisen haben. Was aber in der Macht der Leiter der „Vereinigung“ gelegen hat, das ist auch in die Tat umgesetzt worden. Es soll hierbei erinnert werden an die Stellungnahme der „Vereinigung“ zum Projekte der Privatbeamtenversicherung, an die in dieser Sache in Gemeinschaft mit den fremden Organisationen im März 1910 veranstaltete Versammlung, an die zu diesem Zwecke an die einzelnen Vereine versickten Aufrufe, an die Petition, welche an die polnische Reichstagsfraktion gerichtet wurde.

Noch auf eins wollen wir aufmerksam machen. Angesichts der großen Entwicklung unserer Organisation geht man bereits seit einem Jahre mit dem Gedanken um, die „Vereinigung“ in Bezirke einzuteilen. Wir erkennen die Notwendigkeit dieser Einrichtung alle an und richten an die Delegierten die Bitte, sie möchten an dem Tage der Zusammenkunft bei der Behandlung dieser Frage nur auf das Wohl aller Mitglieder bedacht sein.

Wir wünschen der Delegiertenversammlung guten, nutzbringenden Verlauf. Möge nicht ein einziger Vertreter unserer 60 Vereine fehlen, möge jeder, der es kann, auf die Schanze unserer Organisation treten, möge es in Zukunft keinen geben, der nicht ein persönlicher Verfechter unserer Sache wäre. Stehen wir mannhaft und ausdauernd unter der Fahne der Vereinigung, dann werden wir um unser Schicksal nicht besorgt sein dürfen, wenngleich unsere Gesamtheit noch schwerere Schläge treffen sollten.

Aus Nr. 90 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 20. April 1911:

Aufruf.

Gau IX der vereinigten Gesangsvereine.

Geliebte Kameraden!

Ein Vierteljahrhundert ist seit dem Augenblick vergangen, in welchem eine Schar ernstdenkender und in die Zukunft blickender Bürger unserer kujawischen Hauptstadt sich zu dem Zwecke vereinigt hat, zur Stärkung des Geistes einen Gesangsverein zu gründen.

Der Gedanke der Gründer wurde bei uns mit Ausdauer trotz der sich zeitweise aufhäufenden Schwierigkeiten gepflegt und es wurde dem Verein die Lebensfähigkeit erhalten, die sich jetzt auch in der Absicht offenbart, am 1. Pfingstfeiertage, am 4. Juni d. Js., eine Jubiläumsfeier zu veranstalten.

Weil vor 20 Jahren in Hohensalza ein Gausängerfest stattfand, das sich äußerst zahlreicher Beteiligung erfreute, wurde beschlossen, am 4. Juni d. Js. unser Stiftungsfest glanzvoll zu feiern, und zwar möglichst unter Mitwirkung aller dem Bunde angehörenden Vereine.

Der endesunterzeichnete Vorstand ladet im Namen des Gesangsvereins Moniuszko alle Bruder-Gesangsvereine des ganzen Bundes ein, mit uns gemeinsam diesen feierlichen Augenblick festlich zu begehen.

Wir hegen die Hoffnung, daß unsere herzlichste Einladung in euren Herzen lebhaften Widerhall finden wird, und daß ihr alle in Scharen in unserm geliebten Kujawien erscheinen werdet.

Wir erwähnen noch ergebenst, daß wir am zweiten Pfingstfeiertage einen Massenausflug nach der Wiege unserer Nation — nach Kruschwitz — veranstalten werden, denn wir zweifeln nicht, daß viele Teilnehmer dies verlangen werden.

Das Konzert und die Aufführungen werden im Garten des Kurhauses stattfinden, die Sitzung und das Vergnügen werden im Hotel Baft abgehalten werden. Ein ausführliches Programm werden wir in der nächsten Nummer des Spiwak veröffentlichen.

Die Jubiläumsfeier möchten wir durch ein aus der Brust Tausender dringendes Lieb und umgeben von tausenden in gleichem Takte schlagenden Herzen festlich begehen.

Deshalb bitten wir euch alle, geliebte Kameraden, um möglichst zahlreiche Beteiligung an unserer Jubiläumsfeier. Wir bieten euch brüderliche Gastfreundschaft und ein offenes Herz an!

Heil dem Liebe!

Der Vorstand des Gesangvereins „Moniuſko“
in Hohenfalza.

Aus Nr. 14 des Robotnik (Posen)
vom 9. April 1911:

In Sachen der Jugendabteilungen.

Wir haben uns sehr darüber gefreut, daß der Hauptvorstand und viele Verbandsvereine an unsere Jugend denken und bereit sind, sich unserer jungen Brüder anzunehmen. Bei uns in Pakosch besteht ein besonderer Jugendverein, aber nicht alle Jünglinge gehören ihm an. Die Sitzungen des Vereins finden gewöhnlich am Sonntag statt; man kann in ihnen viel Gutes hören und findet Anregung zu ausdauernder Arbeit. Am Sonntag sollten auch Alle Zeit dazu übrig haben, namentlich die Arbeiter. Warum aber besuchen bei uns nicht alle Jünglinge, namentlich die älteren, die Sonntagsversammlungen? Es ist unangenehm, das zu sagen, und doch kommt es vor, daß schon die Jugend die Sonntage in den Kneipen beim Kartenspiel zubringt.

Der Schriftführer des katholischen Vereins polnischer Arbeiter in Pakosch.

Aus Nr. 15 des Rolnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Kozielsko.

Auf Veranlassung des Ortspfarrers Wojciechowski wurde am Palmsonntag ein katholischer Verein polnischer Arbeiter gegründet. Es ließen sich gleich 90 Personen aller Stände als Mitglieder eintragen.

Eröffnet wurde die Versammlung von dem Propst Wojciechowski aus Kozielsko. Den Vorsitz führte Herr Dr. T. Moszczenski aus Stempuchowo. Der Generalsekretär, Gstl. Lisiecki aus Posen, sprach über „Ziele und Aufgaben der Arbeitervereine“.

Der Vorstand des Vereins besteht aus folgenden Personen:

J. Jararcz aus Stempuchowo, Vorsitzender,
W. Maciolek aus Kozielsko, Schriftführer,
Fr. Mroz aus Mionz, Kassierer,
A. Dalke aus Pozorowice,
Piotrowski aus Stempuchowo,
A. Czapliski aus Kopniß, Beisitzer.

Die Versammlungen werden an jedem 2. Sonntag des Monats nach dem Hauptgottesdienste im Saale des katholischen Hauses stattfinden.

An der Versammlung nahmen als Gäste teil die Landwirte aus der Umgegend, darunter auch mehrere Damen und die ehrbare Patronin der Kirche, Frau Anna von Moszczenska.

Nach den üblichen Hochrufen auf die Redner, auf den neuen Verein usw. wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Fr. Mroz, Protokollführer.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Pleschen.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

K. Kaczmarek, stellvertretender Kassierer,
F. Pazdziorek, stellvertretender Schriftführer,
W. Gole, stellvertretender Bibliothekar,
J. Kolan und F. Furmanek, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Wronke.

In der am 29. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Wozny, Vorsitzender,
Fr. Blajet, Schriftführer,
W. Kubiak, Kassierer,
P. Müller, Bibliothekar,
A. Bijek, stellvertretender Schriftführer,
Klos, stellvertretender Kassierer,
J. Bujzkiewicz, stellvertretender Bibliothekar
J. Wrembel, W. Kasprowiez und W. Brochynski
Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Schroda.

In der am 8. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Glowacki, stellvertretender Vorsitzender,
Fr. Glowacki, Schriftführer,
W. Jolciaf, stellvertretender Schriftführer,
Jg. Kaminski, M. Wawrzyniak und A. Konczak,
Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Pakosch.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

W. Sment, Vorsitzender,
A. Swiatowski, Kassierer,
Drzepowski, Bibliothekar,
Cynkowski, stellvertretender Bibliothekar,
Szymanski, Szumacher, Prusak und Wozniak,
Beisitzer.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Kicin.

In der am 8. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Michalak, Vorsitzender,
Fr. Gwald, Schriftführer,
J. Tomczak, Kassierer,
J. Dyznian und B. Lakomy, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Budzyn.

In der am 29. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

L. Magdziarz, Schriftführer,
Pytlak, stellv. Schriftführer,
B. Alejski, Bibliothekar.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Janikowo.

In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

H. Grünmacher, Vorsitzender,
J. Lewandowski, Schriftführer,
Fr. Pluskot, Kassierer,
M. Kruska, Bibliothekar,
W. Basinski, stellv. Bibliothekar,
Sz. Krzewina, stellv. Schriftführer,
A. Malicki, T. Basinski und J. Krzewina,
Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Dombrowka.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Ch. Kociol, Vorsitzender,
Ch. Masysiak, Schriftführer,
W. Klyzynski, Kassierer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Wreschen.

In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

W. Witczak, stellv. Vorsitzender,
T. Musielak, Kassierer,
J. Stachowiak, stellv. Kassierer,
J. Szymanski, Schriftführer,
J. Wojciechowski, stellv. Schriftführer,

M. Pecold, Bibliothekar,
St. Giezewski, stellv. Bibliothekar,
P. Sobkowiak und J. Pawlowski, Beisitzer.
Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Dluzyna.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Defert, Vorsitzender,
A. Napieralski, stellv. Vorsitzender,
J. Ritsche, Schriftführer,
W. Bednarczyk, stellv. Schriftführer,
J. Stemet, Kassierer,
J. Lasocki, stellv. Kassierer,
J. Szymanski, Bibliothekar,
J. Knop, stellv. Bibliothekar,
J. Stanek und A. Majer, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 16 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Witkowo.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

W. Konieczka, Vorsitzender,
J. Kielbasiewicz, Schriftführer,
A. Plucinski, Kassierer,
St. Nachelski, Bibliothekar,
L. Pawlak, stellv. Bibliothekar,
Dr. Rutlinski, T. Pawlak und J. Przykluci,
Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Kamiennik.

In der am 17. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Piontek, Vorsitzender,
W. Brof, Kassierer,
J. Helwich, Schriftführer,
J. Dymek, M. Dymek und St. Mucha, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Rosko.

In der am 22. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Stanislaus Wyrwa, Vorsitzender,
Peter Mela, Schriftführer,
Anton Majewski, stellv. Schriftführer,
Joseph Domin, Kassierer,
Andreas Kulwas, Bibliothekar,
St. Klamerek, W. Czekala und Johann Domin,
Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Ottorowo.

In der am 8. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Stefaniał, Vorsitzender,
J. Barciżewski, Schriftführer,
W. Kowalski, stellv. Schriftführer,
Gz. Musiala, Kassierer,
L. Lis, Bibliothekar,
W. Slowek, stellv. Kassierer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Murowana-Goslin.

In der am 19. Februar cr. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Stachula, Vorsitzender,
Fr. Grabowski, Schriftführer,
St. Soporowski, stellv. Schriftführer,
W. Imielinski, Kassierer,
A. Pawlak und J. Lopinski, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Wiry.

Die Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins fand am 8. Januar cr. statt. Den Bericht über die Jahrestätigkeit des Vereins erstattete der Vorsitzende J. Kubiak. Eins der Mitglieder hielt einen Vortrag über den „Sieg bei Grunwald“. Der Vorstand blieb für das laufende Jahr derselbe.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Goscieszyn.

In der am 29. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Wiczeorek, Vorsitzender,
W. Swiniarek, Schriftführer,
J. Brestza, Kassierer,
Gz. Szaserki, Bibliothekar,
M. Przybyl, W. Rusiecki, J. Przybyl und
J. Piosik, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Kruszewo. In der am 22. Januar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Kleß, Vorsitzender,
K. Chmielewski, stellvertretender Vorsitzender,
J. Gorny, Schriftführer,
W. Ganzinski, stellvertretender Schriftführer,
J. Kleß, Bibliothekar,
J. Kulwas, stellvertretender Bibliothekar,
M. Derka, Kassierer,
J. Cybel, J. Dopierala und St. Gryk, Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Kozdrazewo. In der am 15. Januar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

P. Bieganski, Vorsitzender,
Fr. Fronckowiak, Schriftführer,
Fr. Konrady, stellvertretender Schriftführer,
J. Strozynski, Kassierer,
A. Calujek, stellvertretender Kassierer,
Fr. Wyrwas, Bibliothekar,
A. Klemens, stellvertretender Bibliothekar,
W. Czubek, P. Sekula und J. Glowacz Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 der Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Obersieko. In der am 19. März d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Borkowski, Vorsitzender,
M. Grenz, stellvertretender Schriftführer,
W. Konieczny, stellvertretender Kassierer,
M. Sobek, stellvertretender Bibliothekar.

Der Rest der Vorstandsmitglieder bleibt derselbe wie im vergangenen Jahre.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Zduny. In der am 5. März d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Strzypczak, Vorsitzender,
J. Mondrecki, stellvertretender Vorsitzender,
J. Dutkiewicz, Schriftführer,
St. Polowczyk, stellvertretender Schriftführer,
W. Markowski, Kassierer,
J. Strzyniecki, Bibliothekar,
J. Mlynski, stellvertretender Bibliothekar,
W. Dutkiewicz, St. Kowalczyk und J. Andrzejewski Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Bnin. In der am 26. Februar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde T. Przybyla zum Kassierer und J. Serba zum Schriftführer gewählt.

Der Vorstand.

Aus Nr. 15 des Robotnik (Posen)
vom 16. April 1911:

Pudewitz. In der am 12. März d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Dwsianski, Vorsitzender,
Burzynski, stellvertretender Vorsitzender,
Lawicki, Schriftführer,
Maciejewski, stellvertretender Schriftführer,
Konieczka, Kassierer,
Dutkiewicz, stellvertretender Kassierer,
Koszuta, Bibliothekar,
Majchrowicz, stellvertretender Bibliothekar,
Rozak, Stachowiak und Berkiewicz Beisitzer.

Der Vorstand.

Aus Nr. 14 des Robotnik (Posen)
vom 9. April 1911:

Slupia.

Am 22. Januar cr. fand die Generalversammlung des polnisch-katholischen Arbeitervereins statt. In den Vorstand wurden gewählt:

M. Kurkowiak, Vorsitzender,
A. Kurkowiak, Schriftführer,
A. Cieslak, Stellvertreter,
J. Zytkowiak, Kassierer,
J. Krzyżanski, Stellvertreter.

Aus Nr. 14 des Robotnik (Posen)
vom 9. April 1911:

Kionz.

In der am 22. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des polnisch-katholischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

W. Wawrzyniak, Vorsitzender,
M. Cerekwicz, Stellvertreter,
W. Kopel, Schriftführer,
W. Nowacki, Stellvertreter,
J. Borowicz, Kassierer,
St. Ruszkiewicz, Stellvertreter.

Aus Nr. 89 des Swit (Pleschen)
Monatsblatt zur Förderung der Enthaltensbewegung,
vom April 1911:

Es bedarf keiner Enteignung, wir enteignen uns selbst!

In einem unserer Provinzialblätter — es war der Dziennik Bydgoski — fiel mir der Artikel „Wieviel kostet die gegen das Polentum gerichtete Politik“ auf. Für antipolnische Politik hat die Regierung in zehn Jahren, von 1898—1908, die kolossale Summe von 958 307 056 M., also fast eine Milliarde, ausgegeben.

Am meisten verschlang das Werk der Kolonisation und die Schaffung der Domänen in unseren Gegenden, nämlich 625 Millionen. Das sind so riesenhafte Summen, daß man sich von ihnen gar keine Vorstellung machen kann. So viel Geld, das von Millionen von Leuten erworben worden ist, unnötig auszugeben, das ist eine furchtbare Sache! Das umsomehr, als Deutschland fast drei Milliarden Mark Schulden hat. Und doch scheut es sich nicht, eine ganze Milliarde für die Vernichtung eines ruhigen Volkes wegzuwenden. Der Zweck dieses Fonds ist die Enteignung der Polen, denen man das Land, den Besitz, die polnische Kultur nehmen will. 1000 Millionen Mark auf 3 Millionen polnischen Volkes!

Reicht das nicht aus, um uns im Meere des Deutschtums zu ertränken? Werden wir uns angesichts eines solchen finanziellen Übergewichts wohl behaupten können? Ich meine, die preußischen Millionen werden uns nicht vernichten, wenn wir uns nicht selbst gutwillig enteignen werden, wenn wir moralisch hoch stehend, uns kulturell-wirtschaftlich emporschwingen werden. — Darin liegt der Haken.

Legen wir dann aber nicht selbst Hand an zu unserer Enteignung?

Sehen wir uns doch einmal dreist in die Augen! Trotz unseres kulturell-wirtschaftlichen Fortschrittes haben wir in dem genannten Jahrzehnt zweimal soviel für die Vernichtung der polnischen Kultur und finanziellen Kraft ausgegeben als die Regierung.

Das ist unmöglich; das sagen die Pessimisten! Nein, das ist die reinste Wahrheit, obgleich es schwer zu glauben ist. Ich bitte zu hören!

Die Gelehrten berechnen, daß die Polen in Preußen und Schlesien jährlich für Alkohol 200 Millionen ausgeben. Die jährliche Ausgabe des Deutschen Reiches für alkoholische Getränke beträgt 14 mal soviel als die Ausgabe des polnischen Volkes. Die Deutschen vertrinken jährlich 2826 Millionen Mark.

Wenn wir nun jährlich 200 Millionen für alkoholische Getränke ausgeben, so haben wir in 10 Jahren 2000 Millionen, also 2 Milliarden weggeworfen, d. h. zweimal so viel als Preußen für die antipolnische Politik geopfert hat.

Im Swit braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, daß die dem Alkoholmoloch dargebrachten Geldopfer uns auf eine tiefere moralisch-kulturell-wirtschaftliche Stufe gebracht haben. Wir haben für den geistigen und sozialen Selbstmord der polnischen Bevölkerung des preußischen Anteils mit Hilfe des Alkohols noch einmal soviel Millionen verbraucht als die Regierung für die Mittel ausgegeben hat, mit deren Hilfe das Polentum vernichtet werden soll.

Dadurch, daß wir dem Alkoholismus Opfer gebracht haben, haben wir uns hunderttausendmal erfolgreicher enteignet, als dies das antipolnische System zu tun sucht.

Für die von uns in den zehn Jahren vergeudeteten 2 Milliarden hätten wir 4000 polnische Besitzungen zu je 1000 Morgen, den Morgen zu 500 Mark gerechnet, auskaufen können. Wir aber haben es vorgezogen, Polen im Alkohol zu ertränken.

Jetzt verstehe ich die Mahnung des ersten Verbreiters des Gedankens der völligen Enthaltensbewegung, die Mahnung des Franz Wojciechowski in Polen, der da gesagt hat:

Ein der Trunksucht ergebene Volk muß früher oder später zugrunde gehen. — Deshalb trinken wir nichts, weder Schnaps noch Wein, weder Bier noch irgend eine andere Sache, die den Menschen betrunken macht, ihm den Verstand nimmt, die Gesundheit ruiniert, das Leben verkürzt und das Vermögen abnimmt.

Nur völlige Enthaltensbewegung kann uns vor dem Untergang bewahren. Das wird uns moralisch heben unsere Kräfte und unseren Geist stärken — und wir werden nicht verloren gehen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 94 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 26. April 1911:

Der Abgeordnete Brejski hat in der am 23. April d. J. in Hochstüblau, Kr. Pr. Starogard, abgehaltenen Wählerversammlung folgende Resolution verlesen:

„Vor 18 Jahren kam ich aus Krakau infolge Aufforderung des derzeitigen Seelsorgers der Polen in der Fremde nach Westfalen und kaufte den von ihm gegründeten Wiarus Polski in dem Augenblick, als der Paderborner Bischof das Eingehen dieses Blattes gefordert hatte. Ich habe meine bequeme Stellung in Krakau aufgegeben, um mich der Arbeit der Erhaltung der in der deutschen Fremde arbeitenden Landsleute für die katholische Kirche und für die polnische Nation zu unterziehen. Nachdem ich die Lage überblickt hatte, wurde ich gewahr, daß die in der Kirche Germanisation betreibenden Zentrumsleute unser polnisches Volk in der

Fremde verschlingen wollten, ebenso auch die Sozialdemokraten, welche das Ungemach des polnischen Arbeiters zu Parteizwecken ausnützten. Das einzige Mittel, das polnische Arbeitervolk vor dem Verlust der teuersten geistigen Schätze zu bewahren, ist seine strenge Absonderung sowohl von den Sozialdemokraten als wie von den Zentrumsleuten. Zu diesem Zwecke habe ich, nachdem ich durch die Zeitung den Boden gehörig vorbereitet hatte, verschiedene auf breite volksparteiliche Grundlagen sich stützende Organisationen geschaffen oder sie schaffen helfen, die sich bemühen, alle geistigen und materiellen Bedürfnisse unserer Auswanderer zu befriedigen, um sie von fremden Parteien und Organisationen unabhängig zu machen.

Das würde aber nicht für lange Zeit ausreichen, um das polnische Volk in der Fremde dem Polentum zu erhalten. Es mußten auch die Bande, welche die polnischen Arbeiter im allgemeinen und die polnischen Auswanderer im besonderen mit der polnischen Gesamtheit oder mit der polnischen Nation als Ganzes verbinden, gekräftigt und verdichtet werden.

Zu diesem Zweck muß einerseits der nationale Geist geweckt werden und andererseits den berechtigten Interessen und billigen Forderungen der Arbeiter die gebührende Verteidigung im polnischen Lager, die in unseren Zeitungen, Wahlkomiteeorganisationen und Abgeordnetenkreisen gesichert werden.

Dieser Gedanke war mein Leitstern, als ich in Thorn den Verlag einer für die wohlhabenderen und gebildeteren Schichten bestimmten Tageszeitung übernahm; in diesem Sinne habe ich das mir im Jahre 1903 aus Thorn angebotene Abgeordnetenmandat angenommen; dieser Gedanke hat veranlaßt, daß ich mich nicht nur als Kandidat im hiesigen Wahlkreise aufstellen ließ, sondern meine Kandidatur auch energisch verteidigt habe.

Die Lust, durch die Wahrung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der polnischen Fraktion und im Reichstage der ganzen polnischen Gesamtheit zu dienen, hat mir auch Kräfte verliehen, um zahlreiche Unannehmlichkeiten zu ertragen, denen ich mich durch Bekämpfung der ungerechten Abgaben, die uns die sogenannte Finanzreform brachte, ausgesetzt hatte. Wiewohl ich zwei Jahre hindurch zur fast völligen parlamentarischen Untätigkeit verurteilt war, habe ich das Mandat nicht niedergelegt, obwohl es für mich eine große Last ist, und ich verzichte auch nicht auf die Kandidatur bei den uns in einigen Monaten bevorstehenden Neuwahlen.

Habe ich doch erfahren, daß von gewisser Seite unter den Landwirten des hiesigen Wahlbezirks dafür agitiert wird, daß meine Wiederwahl von dem Versprechen abhängig gemacht werden solle, daß ich im neuen Reichstage für hohe Zölle stimmen werde.

Infolgedessen benutze ich diese Gelegenheit, um hier in dieser rein ländlichen Parochie folgendes zu erklären: Wiewohl ich in einem vorwiegend ländlichen Wahlkreis gewählt bin, erachte ich mich nicht als Vertreter einzelner landwirtschaftlicher Interessen, sondern ich fühle mich berufen, die ganze Gesamtheit zu verteidigen. Weil ich nun durch die Verteidigung der Arbeiter, wie ich annehme, nicht nur einer berechtigten Sache diene, sondern auch zur Verdichtung der Bande, welche die arbeitende Bevölkerung mit der Nation als Ganzes verbinden, beitrage, werde ich auch bei einer Wiederwahl in diesem Sinne tätig sein.

In der Angelegenheit der Zölle könnte ich keine Verpflichtung übernehmen, denn angesichts der sich entgegenstehenden Interessen der verschiedenen Schichten unserer Bevölkerung, muß ein Mittelweg gesucht werden, damit weder den Landwirten noch anderen Schichten,

die von der Landwirtschaft nicht leben, Unrecht geschieht. Zu diesem Zweck muß den Abgeordneten völlig freie Hand gelassen werden, so wie es die Verfassung verlangt.

Ich trage aber nicht Bedenken, heute schon zu sagen, daß ich für die Beibehaltung hoher Zölle und umsoweniger für ihre Erhöhung nicht stimmen werde, weil die Bevölkerung Deutschlands alljährlich fast um eine Million Köpfe zunimmt und der wachsende Bedarf an Brot, Fleisch, Kolonialwaren usw. eine Preiserhöhung herbeiführt. Die Billigkeit und Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung spricht also für eine stufenweise Erniedrigung der Lebensmittelzölle, damit die Bevölkerung infolge unzulänglicher Ernährung nicht auszusterben beginnt.

Das erkläre ich nachdrücklich, und ich nehme diese meine Worte nicht zurück. Wenn mich die Wähler und Wahlbehörden mit diesem meinem Programm als Kandidat annehmen werden, dann werde ich der Gesamtheit auch weiterhin in der polnischen Fraktion dienen. Wenn dagegen meine Kandidatur verworfen wird, dann kehre ich, ohne mich über irgend jemand beschwert zu fühlen, zur redaktionellen Tätigkeit zurück, die mir soviel Gelegenheit gibt, meinem Volke und meiner Nation zu dienen.

Aus Nr. 45 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 15. April 1911:

Germanisierung durch die Kirche.

Wenn man im Kampfe mit dem Feinde siegen will, dann muß man den Feind selbst und auch seine Taktik, d. h. seine Kampfesart kennen, denn nur dann kann man die entsprechenden Verteidigungsmittel ergreifen, um ihn aufs Haupt zu schlagen.

Unsere Feinde, die Germanisatoren, haben wir kennen gelernt. Es ist also gerechtfertigt, wenn wir auch noch ihre Taktik kennen lernen.

Wir können besonders zwei Arten der Germanisierung unterscheiden: die offene Germanisierung und die verborgene Germanisierung.

Die offene, d. h. die öffentlich sichtbare Germanisierung war früher, als unser Volk noch wenig aufgeklärt war, leicht durchführbar. Jetzt gelingt sie nur noch in Orten, in welchen sich unser Volk bedeutend in der Minderheit befindet, oder dort, wo es sich bereits an die Germanisierung gewöhnt hat, mit ihr vertraut ist und schon zu allem schweigt.

An allen anderen Orten würde die offene Germanisierung, hartnäckig und rücksichtslos betrieben, allzu leicht Erbitterung, Entrüstung und lauten Protest hervorrufen.

Deshalb hat man auch, seitdem man begonnen hat, die Germanisierung zielbewußt zu betreiben, vermieden, laute Losungen zu gebrauchen, und man hat begonnen, im Trüben zu fischen. Wie der Maulwurf im Dunkeln und in der Verborgenheit des Erdinnern seine Wühlarbeit ausführt, so haben diese Germanisatoren begonnen:

1. im Verborgenen ihrem Ziele zuzustreben, damit dies niemand bemerkt und andere vorzeitig warnen kann, oder
2. die bittere Pille der Germanisierung durch persönliche Herzlichkeit oder durch Vorspiegelung von Wohlwollen zu versüßen, oder
3. sich zu bemühen, die Germanisierung mit dem Mantel des seelsorgerischen Eifers zu bedecken.

Zum Beweise führe ich einige Ereignisse an, die den Eingeweichten und jenen, die es angeht, bekannt sind; die Personen nenne ich nicht, die Ortsnamen führe ich nicht an, denn nicht darauf kommt es mir an; übrigens

werden sich andere Personen mit diesen Angelegenheiten befassen.

Ich kenne eine Parochie, in welcher es noch vor zehn Jahren jeden dritten Sonntag, an zwei Feiertagen und am Feiertage der Mutter Gottes eine polnische Predigt gab. Schon damals erschien das ungerecht, weil mehr als die Hälfte der Parochianen Polen waren. Im Vorbereitungsunterricht gehörte mindestens der dritte Teil der Kinder der polnischen Abteilung an. Heute lernen kaum einige Kinder den polnischen Katechismus (besondern polnischen Vorbereitungsunterricht gibt es überhaupt nicht mehr) und kaum alle paar Wochen wird eine polnische Predigt gehalten. Seit Jahren sind beide Geistlichen deutscher Nationalität.

Diese Änderungen führen sie im stillen, allmählich aber zielbewußt durch. Die Parochianen protestierten sanftmütig von Zeit zu Zeit, aber man speiste sie artig mit nichts ab. Gegenwärtig sind die Kinder fast verdeutsch, polnisch stammeln sie nur noch mit der alten Großmutter. Die Jugend verdeutsch sich im „Arbeiterverein“. Und die Alten grämen sich darüber und murren.

Eine andere Parochie:

Das Volk ist rein polnisch, der Geistliche ein Deutscher. Seitdem er in die Parochie gekommen ist, liest er jeden Sonntag das Evangelium in deutscher Sprache, man weiß allerdings nicht, für wen. Die Predigt hält er in seinem sonderbaren Polnisch und in die Publikation mischt er ganze deutsche Sätze. Sogar die Gebete nach der Messe spricht er häufig deutsch, natürlich allein. Der Unterricht! — Gott bewahre uns davor. Sogar der berühmte Sprachenkenner, der Kardinal Mezzofanti, würde sicherlich diese Sprache nicht verstehen. Einen Erfolg hat er bis jetzt nicht erreicht, denn die Parochie ist völlig polnisch.

Einige Parochien in gemischten Gegenden:

Seit Jahren sind die Geistlichen deutscher Nationalität. Die polnischen Predigten werden immer seltener, kaum einmal im Monat, trotzdem die Polen auch gegenwärtig noch fast die Hälfte bilden. Eine besondere polnische Abteilung für den Vorbereitungsunterricht gibt es überhaupt nicht.

Eine städtische Parochie:

Die Gegend ist völlig polnisch. Die Deutschen, Lehrer und Beamte (andere sind wenig vorhanden) kann man fast an den Fingern zählen. Jeden dritten Sonntag eine deutsche Predigt (früher wurde trotzdem auch noch eine polnische Predigt gehalten und der Kirchengesang war nur polnisch) mit deutschem Gesang beim Hochamt. Der Kirchengesangsverein dient der Germanisierung und mit dem Organisten darf man überhaupt nicht polnisch sprechen. Den Unterricht der deutschen Kinder besucht der dritte Teil — freilich auf Befehl.

Ich könnte noch bedeutend mehr derartige Beispiele anführen; jeder sieht, daß ich absichtlich Danzig und Umgegend fortgelassen habe.

Gehen wir zur zweiten Kategorie über:

Ich kenne einen Geistlichen, der in einer überwiegend polnischen Parochie Propst wurde. Aber von Anfang an begann er nach Möglichkeit zu verdeutsch. Die Zahl der deutschen Predigten hat er bereits vermehrt und ihre Zahl soll noch größer werden. Es ertönt bereits auch deutscher Gesang. Den polnischen Vorbereitungsunterricht besuchen nur wenige Kinder. Sogar im Verkehr mit seinen Parochianen bedient er sich der deutschen Sprache. Die Leute murren und klagen. Es wagt aber niemand, öffentlich hervorzutreten, denn der Geistliche, wenn er auch brutal und rachsüchtig sein kann, ist im Umgange sehr liebenswürdig, er schwatzt

mit jedem alten Weib, sammelt direkt Neuigkeiten und trägt sie weiter, verteilt Zuckerwerk an die Kinder auf der Straße, liebkost andere in rührender Weise und lockt sie zum deutschen Gesang und zum deutschen Vorbereitungsunterricht.

Ein anderer, der eine deutsche Abteilung für den Vorbereitungsunterricht einführen wollte, nahm sogar Knaben in Erziehung. Es gelang ihm auf diese und noch auf andere Weise, einige zu gewinnen und so gab es in dieser Parochie zum ersten Male eine deutsche Abteilung für den Vorbereitungsunterricht.

Wieder ein anderer ist ein „guter Hirte“ und ein Vater im deutschen Vorbereitungsunterricht, aber im polnischen Unterricht prügelt er, daß es „gen Himmel schreit“.

Aus einer andern Parochie habe ich wieder häufig Klagen über die Germanisierung gehört. Aber wenn auch manchmal dieser oder jener mit Klagen aufgetreten ist, daß der Herr Propst die Zahl der polnischen Predigten verringere, oder den polnischen Gesang usw. aufhebe, wenn man sich auch beim Herrn Bischof beklagen wollte, so protestierten dagegen doch stets irgendwelche Leute weichen Herzens, „denn der Herr Propst sei doch so gut und man könne ihm deshalb nicht solchen Kummer bereiten“.

Jetzt die dritte Art der Germanisierung:

Ich habe schon vorher einen von den germanisierenden Geistlichen angeführten Grund erwähnt: Unser Volk ziehe der Arbeit wegen in fremde Gegenden, dort habe es zur polnischen Beichte keine Gelegenheit und man müsse es deshalb an die deutsche Sprache gewöhnen.

Na, und man beginnt neben dem polnischen Vorbereitungsunterricht mit dem deutschen, neben der polnischen Predigt mit der deutschen —, und mit der Zeit ist in diesen Parochien und Gegenden alles deutsch, damit sich die Parochianen daran gewöhnen und schon beizeiten diese deutschen Bräuche kennen lernen und annehmen! Wo die Mehrheit der Parochianen deutscher Nationalität ist, dort hört man häufig derartige Begründungen. Und deshalb berücksichtigt man durchaus nicht die polnische Minderheit, deshalb gibt es für sie keine polnische Predigt, keinen polnischen Kirchengesang, für die Kinder keinen polnischen Vorbereitungsunterricht, denn die Parochie ist zum größten Teile deutsch, also ist es auch für die Polen vorteilhafter, wenn sie sich verdeutsch.

Das ist eine pharisäerhafte und nicht eine christlich-katholische Begründung, denn es ist klar, daß man anders verfährt, wenn es sich um eine deutsche Minderheit handelt!

Und in wievielen Parochien, in denen deutsche Geistliche Propste sind, zieht man gerade mit dieser Begründung die Burschen in die „Jünglingsvereine“, die Mädchen in die „Jungfrauenvereine“ und die Erwachsenen in die verschiedenen andern deutschen Vereine! Ja, sogar die Kinder zieht man in den „Kindheit-Jesu-Verein“ oder auch in andere Brüderschaften, um sie beizeiten an das Deutschtum zu gewöhnen.

Man könnte wirklich denken, daß dies nach dem hartnäckig falsch zitierten Grundsatz geschieht: „Der Zweck heiligt die Mittel“; nur daß hier sowohl der Zweck als auch die Mittel falsch und sündhaft sind.

Aus manchen Parochien hörte ich andere, wenn auch ähnliche Begründungen. Ein deutscher Geistlicher sagte: „In unserer Parochie sind nur wenige Deutsche, die aber nicht Polnisch verstehen; aber auch sie müssen, wenn auch nur hin und wieder, das „Wort Gottes“ in ihrer Sprache hören.“

Unsere Leute nicken mit den Köpfen und denken: Sowohl, das gebietet die Gerechtigkeit, daß auch diese ihre

deutsche Predigt haben, denn auch wir wünschen, daß wir oder die Unsrigen dort am Rhein oder in Pommern eine polnische Predigt haben.

Das ist eine berechnete Folgerung unserer Leute, aber leider hören die Unsrigen dort in der Fremde selten und dazu noch meist am Nachmittag und in geringem Umfange eine polnische Predigt; und hier führt ihr Propst mindestens einmal im Monat im Hauptgottesdienste eine deutsche Predigt ein, oder auch deutschen Gesang, an dem sich ihre eigenen Kinder beteiligen.

Insoleg dessen erkläre ich: „Sum cuique“, d. h. gebet ihnen, diesen Deutschkatholiken, was ihnen zukommt, aber gebet auch uns, was uns überall zukommt und unsere Klagen werden verstummen; und es wird Frieden, Eintracht und Liebe herrschen, denn wir fordern nichts anderes als nur Gerechtigkeit.

X. X.

Aus Nr. 46 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. April 1911:

Die Germanisierung durch die Kirche. Wie kann man ihr entgegenwirken?

Ich habe vielleicht manchen durch die bis jetzt angeführten Tatsachen geradezu erschreckt, dieser oder jener ist vielleicht über ein derartiges Verhalten der Geistlichen erbittert und ein anderer hat sich vielleicht in seinem Herzen gefreut und gesagt: „Gott sei gedankt, daß es bei uns nicht so schlimm aussieht“.

Diese alle sind auf falschem Wege. Ich habe diese traurigen Tatsachen nicht angeführt, um zu erschrecken oder zu verbittern.

Übel handelt derjenige, welcher die Anfänge der Germanisierung leicht nimmt, d. h. wenn der Geistliche irgendwelche unbedeutenden deutschen Neuerungen einführt, d. h. das Lesen des Evangeliums, die Verkündungen oder den Gesang in polnischer Sprache, oder die polnische Sprache verstümmelt, oder auch nur beginnt im Privatverkehr mit seinen Parochianen deutsch zu sprechen. Ihr wißt sehr gut, „daß man dem Satan nur den kleinen Finger zu geben braucht und er ergreift dann bald die ganze Hand“. Das ist der Anfang, stufenweise kommt immer mehr Deutsches hinzu, bis sich die Parochie germanisiert.

Sich erbittern, — das wäre eine falsche Erbitterung (scandalum pharisaicum). Denn auch der Geistliche ist nur ein Mensch und ein Kind seiner Zeit. Seine Natur ist angesteckt vom Geiste der Zeit. Und ebenso wie die Eltern und die älteren Leute sich über die jetzige Jugend wundern, so können auch wir älteren Geistlichen manchmal unsere jüngeren Brüder nicht begreifen, denn der Geist der Zeit hat sich verändert. In der Tat geht das Wort des Propheten Hosea in Erfüllung: „Die Sünden werden mein Volk fressen und wie das Volk werden auch die Priester sein“. Anders kann es auch nicht sein.

Und du wirst erbittert sein? Nein, bete für deine Priester zu Gott! Bitte Gott um gute Priester!

Ich wiederhole: Betet zu Gott und höret nicht auf, damit er auch gute Priester gibt.

Aber ringt auch nicht furchtsam die Hände und denket nicht, daß alles verloren ist und verlasset euch nicht nur auf Gott, sondern helfet euch auch selber.

Was ist also zu tun?

Vielleicht von Haus zu Haus gehen und die Leute gegen die Geistlichen aufheizen? oder auch den Geistlichen selbst beschimpfen? Das wird keine Änderung herbeiführen, sondern kann dich höchstens auf die Anklagebank bringen.

Vielleicht über diese Germanisierungsbestrebungen an die Zeitungen schreiben? Es ist von Vorteil, die

Gesamtheit hierüber zu informieren, aber eine Änderung wird es nicht herbeiführen, sondern es wird jenem Geistlichen „die gute Nummer“ bei der Regierung nur noch verbessern.

Was ist also zu tun?

Zunächst müssen angesehene Leute aus jener Parochie zu jenem Geistlichen gehen und ihn artig aber entschieden bitten, mit der Germanisierung aufzuhören. Und man muß dies tun, sobald der Geistliche auch nur kleinere Änderungen zum Schaden der polnischen Sprache einführt, denn willkürlich darf er dies unter keiner Bedingung tun.

Wenn dies nichts hilft, dann müssen sie sicheres Material sammeln, d. h. tatsächliche Ereignisse, diese ohne Übertreibung beschreiben, Zeugen für alles anführen, aber sichere Zeugen, die später unter ihrem Eide das selbe bezeugen werden, was sie jetzt erzählen, dies alles der geistlichen Diözesanbehörde oder direkt dem Herrn Bischof übersenden und ihn bitten, die Sache zu untersuchen und dem Übel zu steuern.

Die Diözesanbehörde muß die Angelegenheit untersuchen, d. h. sie sendet in den meisten Fällen den Brief an jenen Geistlichen oder teilt ihm wenigstens mit, um was es sich handelt, und erbittet Aufklärung.

Da die Sache sich verzögern kann, rate ich, nach Ablauf von sechs Wochen wieder an die Diözesanbehörde zu schreiben.

Wenn auch mehrmalige Erinnerung nichts hilft und vielleicht auch Deputationen nichts erreicht haben, dann bleibt nur der Weg nach Rom offen.

Wie verhält man sich hierbei?

Es kommt mir nicht zu, hier öffentlich weitere Fingerzeige zu geben, deshalb erteile ich den Rat, sich folgendermaßen zu verhalten: Sämtliches Material ist dann an die Redaktion des Pielgrzym zu senden, aber alles muß mit der Wahrheit übereinstimmen und für alles müssen glaubhafte Zeugen vorhanden sein, und in der Redaktion wird man schon dafür sorgen, daß die Sache in die richtigen Hände gelangt und nicht einschläft, sondern vorwärts kommt.

Auf solche Art müssen ohne Lärm und Geschrei, aber mit Ernst und Ausdauer alle unsere Klagen durchgeführt werden, und es wird anders werden.

Ich bin sogar davon überzeugt, daß es in mancher Parochie gegenwärtig besser aussähen würde, daß manches Übel bei uns nicht so fest Wurzel geschlagen hätte, wenn man sich auf richtige Art und mit männlicher Energie ans Werk gemacht hätte.

Wie hat man bei uns am häufigsten gehandelt?

Man begnügte sich entweder mit Schimpfen hinter dem Rücken oder sogar öffentlich in Aneipen, oder man schrieb einen scharfen häufig übertriebenen Artikel an unsere Zeitungen und — damit Schluß. Und wie war der Erfolg? Beleidigungsprozesse, Widerrufe in den Zeitungen, oder sogar Strafen für die Redakteure und Triumph des Germanisators und des Haktatismus.

Selten raffte man sich zu einer sachlichen Beschwerde bei der bischöflichen Behörde auf, und sicherlich hat man die Angelegenheit niemals zu Ende geführt.

Während der von der geistlichen Behörde angestellten Untersuchung haben sich die angegebenen Zeugen häufig nicht bewährt, d. h. sie haben auf einmal aus irgend einem Grunde anders ausgesagt. Man hätte sich um andere bemühen, oder sofort sichere Leute als Zeugen angeben müssen und nicht ängstliche oder abhängige. Und wenn die bischöfliche Behörde irgend eine Angelegenheit zu unserer Unzufriedenheit entschied, dann machte man Lärm. Die Sache selbst aber schlief ein und die Germanisierung verbreitet sich immer weiter in der Diözese und die haktatistischen Geistlichen und Germanisatoren triumphieren; sie spotten über

unsere Drohungen und stiften mit eiserner Ausdauer weiterhin Unheil.

Noch ist es nicht zu spät, noch kann manches gerettet werden! Vorwärts also an die stille aber ausdauernde Arbeit!

Wir kämpfen für eine gute Sache. Die Muttersprache ist in diesem Falle sogar weniger eine nationale als eine religiöse Angelegenheit. Wir kämpfen also für die Verteidigung unserer göttlichen Rechte, und Gott wird uns nicht verlassen!

X. X.

Aus Nr. 46 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. April 1911:

Borzyzkowo, Kr. Schlochau.

Hier in unserem Kirchdorf haben wir seit $\frac{3}{4}$ Jahren eine Volksbank. Diese Genossenschaft, die zur Hebung des Wohlstandes in der Kaschubei und zur Erlernung der Spargewohnheit seitens der Leute, die mit dem erworbenen Gelde noch nicht umzugehen verstehen, gegründet worden ist, soll sich sehr gut entwickeln. Wie mir unser ehrwürdiger Pfarrer Kropiewski versichert hat, sind in dieser kurzen Zeit in der Borzyzkowower Bank 80000 Mark niedergelegt worden. Es ist also zu sehen, welchen Vertrauens sich die hiesige Volksbank erfreut und wie notwendig sie für Borzyzkowo war. Aber um so mehr kann man jetzt die große Unwissenheit mancher kaschubischen Rothschilds erkennen. Ich treffe z. B. unlängst in **Bütow** einen etwas Geld besitzenden Wirt, wie er eben eine der deutschen Bütower Kassen verläßt. Ich frage ihn gleich: „Na, wie ist es Nachbar, Sie waren gewiß auch in der Kasse, um über die schlechten Zeiten zu klagen und ein Darlehn aufzunehmen?“ — „Seien Sie ruhig, erwiderte mir der Nachbar, ich habe der Kasse einige Groschen zum Aufbewahren gegeben, denn wenn meine Freunde erfahren, daß ich zu Hause Geld habe, dann locken sie es mir ab und versprechen 6 Prozent Zinsen, und nachher zahlen sie weder Zinsen noch geben sie das Geld ab.“ — „Warum haben Sie aber das Geld nicht zu unserer polnischen Bank in **Borzyzkowo** getragen, wohin Sie es doch so nahe haben?“ Nach dieser Frage fährt sich mein Bekannter an den Schnurrbart, reckt sich auf, macht ein finsternes Gesicht und sagt: „Was soll mir eine Dorfkasse, Stadt bleibt eben Stadt!!!“ Angesichts dieser Dummheit wollte ich mich mit meinem Nachbarn nicht länger streiten, ich drehte mich um und ging weiter, beim Abschied noch kurz sagend: „Das verstehen Sie nicht, denn die Kassen in der Stadt geben nur 4 Prozent, während Sie in der Bank in **Borzyzkowo** $4\frac{1}{2}$ Prozent bekommen würden.“ Mein Nachbar überlegte. Nach einigen Tagen sehe ich, wie er direkt auf unsere Bank zusteuert. Ich gehe ihm entgegen und frage, was geschehen sei, daß er so schnell anderen Sinnes geworden ist. Er antwortete kurz: „Aus dem Pielgrzym habe ich erfahren, daß in unserer Bank in Borzyzkowo gut gewirtschaftet wird und sie dort mehr Zinsen zahlen, wie die städtischen Kassen; deshalb habe ich mein Geld zu unserer Bank gebracht.“ Wenn es doch alle so machen möchten!

Aus Nr. 92 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 23. April 1911:

In polnische Hände übergegangen.

Herr Fr. Slawojewski, früherer Besitzer von Slawojewo, Kreis Znin, und bis vor kurzem Bürger

von Thorn, hat in Ostpreußen ein größeres Gut aus deutschen Händen erworben. Es ist das 1700 Morgen, darunter 400 Morgen alter Waldbestand, umfassende Gut Georgenfelde im Kreise Gerdauen. Die Auflassung ist schon erfolgt. Sein früheres Gut hat Herr Slawojewski an Herrn Lewandowski aus Kujawien verkauft.

Aus Nr. 48 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 22. April 1911:

Aus der Parochie Dzhöft, Kr. Neustadt, Wpr.

Im Oktober 1909 haben wir hier einen Volksverein gegründet, dem gleich 40 Mitglieder beigetreten sind. Zu Beginn war die Arbeit nicht leicht, doch dank dem Bemühen des damaligen Vikars Dembinski hat sich die Mitgliederzahl bald vermehrt, denn dieser Priester hat sich aufrichtig unserer angenommen. Das hat aber leider nicht lange gedauert, denn unsere Gegner haben den Vikar D. bald denunziert, daß er in seiner Parochie im nationalen Geiste tätig sei, und das hat genügt, um ihn von hier zu entfernen. Nach einem Jahre wurde Vikar Dembinski auch nach dem ganz entgegengesetzten Ende von Westpreußen, nach Krone a. d. Br. (K.-B. Bromberg) versetzt. Die Vorsehung hat es aber so eingerichtet, daß wir in der Person des Vikars Sell einen würdigen Nachfolger erhalten haben, der sich mit unserem Verein ebenfalls eifrig befaßt und seine Mitgliederzahl auf über 300 gebracht hat. Solche Arbeit hat unseren Busenfreunden natürlich wieder nicht gefallen, es regnete also wieder Denunziationen, die den Erfolg hatten, daß Vikar Sell vor den Feiertagen nach Kazanie, Kr. Löbau, versetzt wurde. Vikar Sell verließ nur ungern sein bisheriges Arbeitsfeld und hat sich sicherlich auch bemüht, sich von den ihm von den Gegnern gemachten Vorwürfen reinzuwaschen, doch wie das Ergebnis beweist, hat die bischöfliche Behörde mehr den hafatistischen Einflüsterungen Gehör geschenkt als den Ausführungen des Geistlichen D.

Das ist für unsere Verhältnisse bezeichnend und gleichzeitig in hohem Maße bedauernswert. Zwei, Priester, die für das Wohl der Parochianen gearbeitet haben, sind nach kurzer, denn kaum einjähriger Tätigkeit entfernt worden. Wir Parochianen müssen angesichts dessen den Verdacht hegen, daß sie wegen ihrer nationalen Aufklärungsarbeit entfernt worden sind, und daß sie länger hier geblieben wären, wenn sie eine germanisatorische Tätigkeit entfaltet oder doch wenigstens die polnischen Parochianen ihrem Schicksal überlassen hätten. Mögen aber die maßgebenden Persönlichkeiten dort oben nicht denken, daß wir das nicht zu begreifen und zu empfinden verstehen. Wir werden das nicht vergessen, und unsere Geistlichen, die mit uns und nicht gegen uns sind, werden wir immer als unsere Väter und Beschützer betrachten und sie demgemäß achten.

Wir sagen an dieser Stelle den ehrwürdigen Pfarrern Dembinski und Sell noch einmal Dank für ihre Arbeit an der Hebung unserer Aufklärung und wünschen ihnen gleichzeitig viel Glück auf ihrem weiteren Lebenswege. Die Ratschläge und Fingerzeige dieser schätzenswerten Priester werden wir tief im Herzen bewahren, **und wir werden uns nicht entnationalisieren lassen**, denn der Herrgott, der uns als Polen erschaffen hat, hat uns auch Pflichten auferlegt, über die wir einst werden Rechenschaft ablegen müssen.

Einige Vereinsmitglieder.

Aus Nr. 48 der „Gazeta Grudziadzka“ (Graudenz)
vom 22. April 1911:

Der Religionsunterricht in der Muttersprache.

Es wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß in manchen Schulen der Provinz Posen die Schulinspektoren deutschen Religionsunterricht einführen. Das geschieht angeblich infolge einer im Ministerium mit den Schulinspektoren aus den polnischen Landesteilen abgehaltenen Konferenz.

Angeichts dessen ermahnen die polnischen Blätter die Eltern, darauf zu achten, in welcher Sprache der Religionsunterricht ihren Kindern von Oftern ab erteilt werden wird. Und wenn sie sich überzeugt haben, daß deutscher Unterricht eingeführt worden ist, dann mögen sie energisch eine Änderung verlangen. Möge man im gegebenen Falle **öffentliche Protestversammlungen einberufen**, damit die Welt von dieser neuen Vergewaltigung der Wünsche der polnischen Eltern wiederum Kenntnis erhält und die Regierung sich nicht wieder damit entschuldigen kann, daß die Eltern mit ihrer Anordnung einverstanden gewesen seien, weil sie nicht protestiert hätten. Damit hat sich nämlich der Minister während der durch den **Schulstreik** hervorgerufenen Kundgebungen der Erbitterung entschuldigt.

Aus Nr. 16 des Przyjaciół Działu (Kinderfreund).
Beilage zu Nr. 47 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 20. April 1911:

Liebe polnische Kinder!

Beim Lesen Eurer Briefchen, die Ihr von Zeit zu Zeit schickt, hat der Przyjaciół viel Freude, mitunter aber auch viel Leid und Kummer. Eine Freude bereitet dem Przyjaciół jedes Kind, das so wie es vermag, in seiner polnischen Muttersprache an den Przyjaciół schreibt, und eine große Freude bereitet ihm das Kind, das schön und richtig schreibt. Es kommt aber bisweilen vor, daß sich der Przyjaciół freut, wenn er den Brief öffnet, aber traurig wird, wenn er ihn durchliest. Das geschieht dann, wenn ihm ein Kind ein deutsches Briefchen schreibt oder wenn in dem Briefchen steht, daß andere Kinder in jenem Dorfe an den Przyjaciół nicht schreiben wollen oder diejenigen verspotten, welche an den Przyjaciół Briefchen schreiben.

Dann ist der Przyjaciół bekümmert und traurig, denn das ist schmerzlich, daß so wenig polnische Kinder ihre Pflicht begreifen. Ihr müßt nämlich, liebe Kinder, daran denken, daß das Lernen der Muttersprache, daß „polnisch schreiben und lesen lernen“ eine **heilige Pflicht** jedes polnischen Kindes ist. Das Schreiben von Briefchen an den Przyjaciół ist zwar nicht Pflicht jedes Kindes, denn manches Kind, das fleißig polnisch lernt, hat vielleicht nicht die 10 Pfennige zum Porto. Aber solcher Kinder, die viermal im Jahre 10 Pfennige nicht opfern können, wird es gewiß nur wenige geben, und gewöhnlich liebt es jedes Kind, das Polnisch lernt und seine Pflicht der Muttersprache gegenüber erfüllt, sich damit hervorzutun, oder zu loben. Wenn also der Przyjaciół wenige Briefchen erhält, dann ist das ein Zeichen dafür, daß nur wenig Kinder diese ihre Pflicht erfüllen, und manche vielleicht garnicht daran denken. Und bei so vielen Tausenden von Zeitungen, die wir nach allen Gegenden verschicken, müßten in jeder Woche viel, viel mehr Briefe eingehen, nicht 10, nicht 20, sondern ganze Hunderte. Dann würde der Przyjaciół nicht traurig und bekümmert sein, sondern sich sehr freuen, wenn ihm das Lesen dieser Briefchen auch viel Zeit

rauben und viel Arbeit verursachen würde. Dann könnten selbstverständlich nicht alle diese Hunderte von Kindern erwarten, daß ihre Briefchen gedruckt oder beantwortet würden, denn dazu würde der Platz im Przyjaciół nicht ausreichen.

Nicht der Belohnung, nicht des eigenen Ruhmes wegen sollt Ihr liebe Kinder diese Briefchen an Euren Przyjaciół schreiben, sondern deshalb, damit der Przyjaciół weiß, daß Ihr seinen Ermahnungen und Lehren nachkommt und damit er vor allen Leuten dreist erklären kann, daß seine kleinen Leser und Leserrinnen ihre polnische Muttersprache und ihr polnisches Vaterland lieben, daß sie zu rechten Polen und Polinnen heranwachsen und wenn sie herangewachsen sind, ihr Polentum so verteidigen wollen, wie es ihre Väter verteidigt haben, und daß sie sich für keine Schätze der Welt und durch keine Martern jemals verdeutschen und lutheranisieren lassen werden.

Der Przyjaciół wird mit Belohnungen nicht sparen, wenn ein Kind sie verdient, doch er wird sie in erster Linie dem Kinde gewähren, von dem er sich überzeugt hat, daß in seinem Herzen eine reine Liebe für die polnische Sprache und für das polnische Vaterland flammt.

Und nun schließe ich heute liebe Kinder und grüße Euch herzlich.

Euer aufrichtiger Przyjaciół.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 46 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 20. April 1911:

Die nächsten Wahlen zum deutschen Reichstage.

Unter dieser Überschrift schreibt die Gazeta Opolska u. a. folgendes:

Angeichts der bevorstehenden Reichstagswahlen wird es nicht unangebracht sein, einen Blick auf die letzten Wahlen zu werfen, die im Jahre 1907 stattfanden. Und da uns besonders die Wahlen in Schlesien interessieren, wo wir wieder um Mandate werden kämpfen müssen, und wo der Kampf, wie wir aus Erfahrung wissen, nicht leicht sein dürfte, wird eine Nachweisung der zahlenmäßigen Kräfte aus dem Jahre 1907 manchen Schlafmützigen und Sammeligen zum Handeln anregen, in ihm den Bürgersinn wachrufen und neue Kräfte, namentlich in den Wahlkreisen gewinnen, die wir erobern müssen.

Oberschlesien wählt 12 Reichstagsabgeordnete, von diesen gehören 5 der polnischen Fraktion, 6 dem Zentrum und 1 den Konservativen an. Der letztere, Fürst Hohenlohe, vertritt den Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg, wo das Zentrum mit den Konservativen ein Kompromiß hatte. Die polnischen Abgeordneten wurden gewählt in den Wahlkreisen Oppeln, Gleiwitz-Tost-Lublinitz, Pleß-Hybnitz, Rattowitz-Zabrze und Beuthen-Tarnowitz. Unsere Kandidaten in den Wahlkreisen Kreuzburg-Rosenberg, Kosel-Groß-Strehlitz und Ratibor erhielten bei den letzten Wahlen die absolute Mehrheit nicht, so daß wir diese Wahlkreise damals noch nicht zu erobern vermochten. Auf ihre Eroberung wird man aber bei den nächsten Wahlen unbedingt bedacht sein müssen.

Als im Jahre 1903 in Schlesien zum ersten Male die Wahlen unter der Losung der polnischen Fraktion stattfanden, vereinigten die damals aufgestellten Kandi-

daten 44 175 Stimmen auf sich, während die Deutschen 206 801 Stimmen erhielten. Im Jahre 1907 erhielten die Polen 118 733 Stimmen, die Deutschen 172 683, die Polen gewannen also 34 558 Stimmen, während die Deutschen 34 012 Stimmen verloren.

Stimmberechtigt waren in Oberschlesien 388 710 Personen, und es stimmten 291 171 Personen, so daß

von 100 Personen durchschnittlich 76 ihr Wahlrecht ausübten hatten.

Die Zahlen in den einzelnen von den Polen vertretenen Kreisen und in denjenigen Kreisen, wo polnische Kandidaten aufgestellt wurden, stellen sich wie folgt dar:

Wahlkreis	Wahlberechtigt	Das Wahlrecht übten aus	Stimmen erhielt		Von 100 stimmten
			der Pole	der Deutsche	
1. Oppeln	26 723	21 093	11 507	9 580	78,9
2. Gleiwitz-Tost-Zublinitz	35 474	27 105	14 314	12 368	76,4
3. Pleß-Rybnitz	40 895	30 594	20 038	10 544	74,8
4. Ratiboritz-Zabrze	69 401	51 485	27 002	24 470	74,2
5. Beuthen-Tarnowitz	69 801	49 573	26 414	23 154	71
6. Kosel-Gr. Strehlitz	27 532	21 294	9 706	12 323	80
7. Ratibor	28 083	22 405	4 591	17 810	79,9
8. Kreuzburg-Rosenberg	18 584	13 183	5 161	8 001	71

Da im Jahre 1907 im ganzen Deutschen Reiche von 100 Wahlberechtigten durchschnittlich 85 Personen stimmten, geht aus den voranstehenden Zahlen hervor, daß keiner der schlesischen Wahlkreise den durchschnittlichen Prozentsatz erreicht hatte. Es waren zweifellos polnische Wähler, die ihre Pflicht versäumt hatten, d. h. fast der vierte Teil der eingetragenen Wähler hat entweder kein gehöriges Pflichtbewußtsein, oder er fürchtete einfach sich an den Wahlen zu beteiligen, obgleich sie geheim sind und sich niemand zu fürchten braucht. Welche Aussichten bestehen nun für die Zukunft?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir die eroberten Wahlkreise behalten werden, aber nicht darauf kommt es an. Durchaus erobert werden muß der Wahlkreis Kosel-Groß Strehlitz, was keine großen Schwierigkeiten bereiten wird, und es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir auch den Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg erobern werden, wenn die Person des Kandidaten den Wählern so sympathisch sein wird, daß auch die Polen evangelischen Bekenntnisses ihm ihre Stimmen werden geben können. Im Jahre 1907 fehlten dem Polen zur absoluten Mehrheit nur 1420 Stimmen. In diesem Wahlkreis stimmten von 100 Personen nur 71, d. h. mehr als der vierte Teil der Wähler beteiligte sich an der Wahl nicht. Da im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg nach der Volkszählung vom Jahre 1900 die Zahl der Polen 69 649 und die der Deutschen nur 20 989 betrug, besteht kein Zweifel, daß das polnische Element einen polnischen Abgeordneten durchbringen kann, wenn die dortigen aufgeklärten Landesleute recht zeitig zu agitieren und das Nationalbewußtsein sowie das bürgerliche Pflichtgefühl zu wecken beginnen werden.

Wenn es wahr ist, daß die Zentrumsparlei mit den Konservativen schon wieder ein Kompromiß geschlossen hat, so wird sie selbst die Folgen ihres unvernünftigen Vorgehens tragen. Es wurde von seiten maßgebender Männer, die der Zentrumsparlei angehören und sich in ihrem Vorstand befinden, versichert, daß das Kompromiß im Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg zwischen dem Zentrum und den Konservativen nur für die laufende Legislaturperiode verbindlich ist und nicht erneuert werden wird. Die Polen hielten das Kompromiß mit der Zentrumsparlei bei der Landtagswahl treu. Sie hatten nichts gegen die Auslegung, daß das Kompromiß für die ganze Legislaturperiode verbindlich sei, und in diesem Sinne stellten sie bei Ersatzwahlen zum Landtage keine besonderen Kandi-

daten auf, vielmehr erklärte das Provinzialwahlkomitee in seinen Bekanntmachungen stets, daß das Kompromiß verbindlich sei und deshalb kein besonderer Kandidat aufgestellt werde.

Wenn aber gegenwärtig die Zentrumsleute, ohne sich zu verständigen, im Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg wieder ein Kompromiß mit der Regierungspartei gegen die Polen geschlossen haben, so dürfen sie sich nicht wundern, daß die polnische Partei daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen wird, die in ihren Folgen dem Zentrum verderblich sein können.

Wir wollen den Zentrumsleuten nicht drohen, wir halten es indes für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen das Vorgehen der Zentrumsleute zu haben pflegte, so oft sie sich der polnischen Partei feindlich gegenüberstellten.

Es muß uns jedoch daran gelegen sein, daß das Zentrum seinen Standpunkt im Kreise Kreuzburg-Rosenberg offen darlegt, denn alle unvernünftigen Kompromisse erwecken Unmut und Mißtrauen und tragen keineswegs zur Wiederherstellung der normalen Verhältnisse zwischen der polnischen Partei und dem Zentrum bei.

Im Kreise Ratibor betrug im Jahre 1900 die Zahl der polnischen Bevölkerung 43,6 %. Dieser Wahlkreis kann darum von den Polen allein nicht erobert werden.

Man könnte ihn nur durch Eingehung eines Kompromisses mit den Mähren gewinnen. Nach der Volkszählung im Jahre 1900 waren im Kreise Ratibor 64 397 Polen, 49 961 Mähren, zusammen 114 358 Slawen und 27 661 Deutsche.

Daher unterliegt es keinem Zweifel, daß die vereinigten Polen und Mähren diesen Wahlkreis erobern könnten. Es ist indes traurig, daß sich die Mähren in ihrer Mehrheit zur nationalen Absonderung nicht bewogen fühlen, daß sie in der Zentrumsparlei aufgegangen sind. Sie sollten aus der Jahrhunderte währenden Lethargie erwachen, auf das Beispiel ihrer im österreichischen Staate lebenden Brüder sehen und sich den Polen anschließen.

Außer in den genannten Kreisen haben wir noch Polen im Kreise Neustadt, wo im Jahre 1907 ein polnischer Kandidat nicht aufgestellt worden war. Auch dieser Wahlkreis ließe sich bei mühsamer Arbeit einmal erobern. Wenn er sich nicht erobern ließe, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die polnischen Stimmen bei Stichwahlen entscheiden werden. Nach

der Volkszählung im Jahre 1900 hatte dieser Kreis 43 890 Polen und 49 036 Deutsche, aber wir wissen sehr gut, wie solche Volkszählungen namentlich in den Grenzmarken vorgenommen werden.

Im Wahlkreise Kosel-Groß Strehlitz setzte sich im Jahre 1900 die Bevölkerung aus 108 698 Polen und 17 249 Deutschen zusammen. Das ungeheure Übergewicht des polnischen Elements fällt jedem in die Augen.

Dieser Wahlkreis gehört also ohne Zweifel den Polen. Bei den letzten Wahlen fehlten nur 1309 Stimmen. Bei den ordentlichen Wahlen wählten 77 von 100 Personen, mithin wählte ein Fünftel der Wähler — zweifellos lauter Polen — nicht. Die Kreiskomitees in Groß Strehlitz und Kosel sollten schon heute die vorbereitenden Arbeiten zu den nächsten Wahlen in die Hand nehmen, und es besteht kein Zweifel, daß dieser Wahlkreis unser sein wird.

Es wartet unser zweifellos viel Arbeit, denn auch in den bereits eroberten Wahlkreisen dürfen wir die Hände nicht verschränken, sondern wir müssen immer neue Kräfte erobern. Die Wahlkomitees müssen die Agitation sofort in die Hand nehmen, namentlich Vertrauensmänner zu gewinnen suchen, die in den einzelnen Gemeinden die Agitationsarbeit übernehmen würden, damit uns die nächsten Wahlen nicht überraschen, damit sie uns nicht ungerüstet, sondern stark antreffen; dann wird der Sieg auf unserer Seite sein.

Vielleicht wird sich in einem weiteren Artikel Gelegenheit finden, auf manche Unzulänglichkeiten in unserer Agitation hinzuweisen und Mittel zu ihrer Verbesserung und Vervollkommnung zu suchen, soweit es die Verhältnisse gestatten.

An eine in Nr. 183 der Schles. Volkszeitung enthaltenen Erwiderung auf den voranstehenden Artikel knüpft die Gazeta Polska (Nr. 48) vom 25. April d. Js. folgende Betrachtung:

Wir können den Zentrumsblättern nicht recht geben, wenn sie sich hinsichtlich der fast ganz oder überwiegend polnischen oder auch slawischen Wahlkreise (wie des Ratiborer Kreises mit polnischer und mährischer Bevölkerung) auf das „Gefühl des Rechts“ berufen. Das „Recht“ des Zentrums auf diese Wahlkreise reicht nur soweit, als das Volk nicht aufgeklärt ist und nicht versteht, daß sein Platz nicht in einer deutschen, sondern in der polnischen Partei ist. Das Zentrum ist eine deutsche Partei, es kann sich also ein Recht nur auf deutsche (katholische) Wahlkreise anmaßen. Wenn das Zentrum aber auch weiter noch um die polnischen Wahlkreise kämpfen will, die es bis jetzt noch besitzt, so wird es auch uns „ruhig und sachlich“ aber desto entschiedener dafür kämpfend vorfinden, daß auf unserer Seite das „Gefühl des Rechts“ auf unsere polnischen Wahlkreise wohl hundertmal mehr begründet ist, als das Recht irgend einer anderen Partei, selbst wenn diese Partei deutsch-katholisch wäre.

Was die Mähren anbetrifft, so werden wir „ihr frisch pulsierendes Leben“ erst dann anerkennen und hervorheben können, wenn sie aufhören werden, sich zu germanisieren, und wenn sie verstehen werden, daß sie ein Brudervolk des polnischen sind, und daß sie als Slawen mit diesem Volk Hand in Hand gehen müssen, um nicht in der Germanisierung einer hinsichtlich der Rasse ihnen völlig fremden Partei unterzugehen.

Aus Nr. 49 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 27. April 1911:

Die Mähren.

Infolge der bevorstehenden Reichstagswahlen berührten wir u. a. das Verhältnis der Mähren zu den Polen im Wahlkreise Ratibor. Wir kommen auf die Angelegenheit von neuem zurück, um sie genauer zu beleuchten, und wir tun dies um so lieber, als unsere Artikel sogar auf mährischer Seite Interesse erweckt haben. Dafür ist ein Beweis ein ausführliches Schreiben, das wir von einem Mähren, der eine höhere Bildung besitzt und mithin zu den Kreisen der Intelligenz zählt, erhalten haben und das wir in der nächsten Nummer veröffentlichen werden.

In dem heutigen Artikel wollen wir vor allem daran erinnern, daß schon bei den Reichstagswahlen im Jahre 1893 das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zur mährischen in Schlesien ernstlich und eingehend erwogen wurde und daß man sich bemüht hatte, die mährischen Wähler für die polnische Sache im Interesse beider Nationalitäten zu gewinnen. Die einschlägigen Bemühungen waren von keinem günstigen Erfolge gekrönt, wiewohl sie nicht völlig fruchtlos waren.

In diesem Jahre 1893 bildete sich in Ratibor unter den Vorsitz des Redakteurs der Nowiny Raciborskie J. K. Macowski und des Dr. Kostek eine polnische Volkspartei, die einen eigenen polnischen Kandidaten, den heut bereits verstorbenen pensionierten Lehrer Philipp Robota aus Neustadt aufgestellt hatte.

Die Begeisterung unter dem polnischen Volke war groß. Trotzdem erlitten die Polen eine Niederlage. Für den polnischen Kandidaten wurden nicht ganz 6000, für den Zentrumskandidaten Pfarrer Frank 9000 Stimmen abgegeben. Und doch stimmte fast das ganze polnische Volk, soweit es wahlberechtigt war, für Robota.

Die Schuld der Niederlage fällt hauptsächlich auf die mährische Bevölkerung dieses Wahlkreises. Sie war es — mit wenigen Ausnahmen —, die sich gleich einer Mauer auf die Seite der Deutschen stellte, und ihnen zum Siege verhalf.

Welch ein Kontrast! In Österreich gibt es keine heftigeren Feinde des Deutschtums als die Tschechen und Mähren! In Preußisch-Schlesien sind die leiblichen Brüder der österreichischen Tschechen und Mähren die treuesten Bundesgenossen der Deutschen gegen die Polen. Außerhalb der Grenzen Schlesiens, ja außerhalb der Grenzen des Kreises Ratibor weiß kaum jemand etwas von diesen gleichgültigen Söhnen des Slawentums und von dem tragischen Kampfe, der dort im Stillen tobt, und schon aus diesem Grunde lohnt es, die Leser mit den dortigen seltsamen Verhältnissen kurz bekannt zu machen.

Tschechen und Mähren gibt es in Preußisch-Schlesien nicht viel. Es werden ihrer höchstens 80- bis 100 000 sein. Die Tschechen wohnen in einigen Gemeinden des Kreises Glatz in Mittelschlesien, aber es sind ihrer dort kaum einige tausend, so daß sie in der sie umgebenden Masse von Deutschen vollständig aufgehen und eine politische Bedeutung nie erlangen werden. Übrigens verdeutschten sie sich freiwillig sehr schnell, und heute werden sich kaum einige hundert solche finden, die sich zur tschechischen Nationalität bekennen.

Dagegen wohnen die Mähren in geschlossener Masse in den Kreisen Ratibor und Leobischütz. Im ersteren entfallen ihrer auf 130 000 der Kreisbevölkerung 30- bis 40 000; in dem zweiten auf 10 000 der Bewohner 30- bis 40 000.

Der Kreis Ratibor ist unmittelbar an der Grenze des ehemaligen Reiches des Boleslaus Chrobry gelegen. Den auf dem linken Ufer der Oder gelegenen Teil des Kreises teilt in zwei Hälften das in die Oder mündende Flüsschen Zinna. Es behauptet sich noch die Sage, daß in dieser Zinna die eisernen Grenzpfähle des Boleslaus gestanden haben sollen. Bis zum heutigen Tage bildet auch dieses Flüsschen die Grenze zwischen der Diözese Breslau und Olmütz, zugleich die sonderbar genaue ethnographische Grenze zwischen den Mähren und Polen bis zu dem Grade, daß sogar das von der Zinna in zwei Teile geschiedene große Dorf Peterwitz diesseits des Flusses polnisch, jenseits des Flusses mährisch ist, obgleich es seit Jahrhunderten eine einzige politische Gemeinde bildet.

Es ist überhaupt eine charakteristische Erscheinung, daß sich die polnische und mährische Bevölkerung trotz ihrer so nahen Rassenverwandtschaft sowie trotz der großen Nachbarschaft untereinander nicht vermischt. Eheschließungen zwischen Polen und Mähren sind eine große Seltenheit. Dies ist ein Beweis des großen Konservatismus der slawischen Völker hinsichtlich des Volkstammes und der Nationalität. Die mährische Bevölkerung des Kreises Leobischütz hat keine näheren unmittelbaren Beziehungen zu der polnischen Bevölkerung, weil sie von dieser durch einen breiten Gürtel rein deutscher Gemeinden, die hier von den germanisierten Pfaffen schon im 12. und 13. Jahrhundert angesiedelt wurden, getrennt wird.

Um dieses Mähren in Preußisch-Schlesien kümmern sich die österreichischen Tschechen gar nicht. Es ist dies merkwürdig und macht stutzig. Ganz unmittelbar auf der anderen Seite der preußisch-österreichischen Grenze ist die mährische Bevölkerung in nationaler Hinsicht schon sehr erwacht. In dem dicht an der Grenze gelegenen schönen Troppau befindet sich ein tschechisches Gymnasium, erscheint ein tschechisches Blatt, ferner der gut redigierte *Opawský Tydeník* in mährischer Mundart, pulsiert frisch und lebendig nationales Leben mit der *Matica szkolna* (Volkschulverein) und dem Sokolverein, aber alle diese Einrichtungen und Mittelpunkte der nationalen Agitation üben auf die preußischen Mähren nicht den geringsten Einfluß aus.

Sich selbst überlassen, haben die schlesischen Mähren auf preußischer Seite das Nationalgefühl schon fast völlig eingebüßt, wozu auch zum nicht geringen Teil die verdeutschten Geistlichen beigetragen haben.

Natürlich fehlt es nicht an Ausnahmen, auch unter der an Zahl sehr geringen diesseits der Grenze ansässigen mährischen Intelligenz nicht, wofür das Schreiben ein Beweis sein wird, das wir in der nächsten Nummer veröffentlichen werden. Tatsache ist es jedoch, daß sich die Mähren im Kreise Leobischütz sehr rasch germanisieren, und es liegt gewiß der Zeitpunkt nicht fern, wo sie von der Nationalitätenstatistik des preußischen Staates werden gestrichen werden.

Das gleiche Los steht auch den Ratiborer Mähren bevor, wenn von polnischer Seite für sie nichts wird getan werden. Von den ihrigen vergessen und verlassen, müssen sie schließlich der Entnationalisierung erliegen.

Aus Nr. 85 des Postep (Posen)
vom 13. April 1911:

Erstreckende Erscheinungen.

III.

Im letzten Briefe erwähnte ich die Presse. Heute komme ich auf diese Sache zurück und will das geben,

was ich auf diesem Gebiet erfahren habe. Obwohl ich zugeben muß, daß es nicht so leicht ist, ehrenvoll die journalistische Aufgabe zu erfüllen, so hat doch die polnische Presse in Oberschlesien ihre guten Seiten, obwohl ihr auch die schlechten nicht fehlen.

Wenn ich mir die Schwierigkeiten, mit welchen die polnischen Publizisten in Schlesien kämpfen mußten und müssen, vergegenwärtige, dann denke ich auch an die Ehre, welche sie seitens der Gesamtheit für diese Arbeit empfangen. Sie nämlich sind die Leiter des Schiffes der polnischen öffentlichen Meinung. Leider, nicht immer und nicht alle haben es verstanden, sich über das Grau des Alltags zu erheben. Ich erinnere nur an die letzten Jahre, wo die Herausgeber der polnischen Blätter und die polnischen Abgeordneten sich gegenseitig vors Gericht schleppten. Sie wurden — scheint es — von andern Herausgebern polnischer Blätter zum Vorbild genommen.

Die polnische Journalistik in Schlesien hat schon ihre „Tradition“. Vor etwa 40 Jahren entstand der „*Katolik*“, der noch vor 10 Jahren ein treues Abbild der Grundsätze der deutschen Zentrumsparterie gewesen ist. Es ist selbstverständlich, daß in Oberschlesien die nationale und politische Aufklärung vor 40 Jahren eine andere war als heute. Und obwohl anerkannt werden muß, daß der „*Katolik*“ das nationale Gefühl geweckt hat, so konnte er doch nicht einmal den Anforderungen der Arbeiter gerecht werden.

Das Verfolgungssystem der preussischen Regierung gegenüber den Polen hat viele in radikalere Bahnen gestoßen. Es entstanden die „*Nowiny Raciborskie*“ und die „*Gazeta Opolska*“. Diese Zeitungen sollten ein getreues Abbild der volksparteilichen Grundsätze sein. Leider war die keimende demokratische Idee noch zu schwach, um den Zeitungen den materiellen Bestand sichern zu können. Die Zeitungen wurden mit der Zeit in gewissem Grade von dem materiell bedeutend stärkeren „*Katolik*“ abhängig. Trotz alledem beeinflussten diese Zeitungen die Verhältnisse derart, daß die Zentrumsleute, um bei den Wahlen die polnischen Stimmen zu erhalten, polnisch sprechende Kandidaten aufstellten.

Die nationale Idee der Schlesier begnügte sich selbst jedoch nicht mit polnisch-sprechenden Kandidaten und Abgeordneten. In der Brust der breiten Massen des Volkes fing der künstlich unterdrückte Funke des Polentums an zu glimmen. Die Schlesier wollten ihren Willen auch nach außen hin zeigen.

Vor 11 Jahren entstand der *Gornoslonszak*, der unabhängig von der Zentrumsparterie, die Wahl eigener Kandidaten proklamierte. Das Volk unterstützte diese Bestrebungen und im Jahre 1903 wurde ein Abgeordneter gewählt, der der polnischen Fraktion beigetreten ist. Die unerfahrene und ungeschickte Leitung der jungen Gründer der Zeitung endete unglücklich für die Sache. Nach einigen Jahren des Bestehens ging diese Zeitung unter das politische Kommando des „*Katolik*“ über.

Die sogenannte versöhnungsparteiliche Presse hat nicht nur die Zeitungen gekauft, sondern auch die Leser der genannten Zeitungen erworben, denn die wenig Aufgeklärten glaubten den Versicherungen des Käufers, daß die Zeitung auch weiterhin in der bisherigen Richtung redigiert werde. In Wirklichkeit bekämpfte die Regierung den selbständigen politischen Gedanken, und die versöhnungsparteiliche Presse in Schlesien hat ihr in manchen Sachen durch ihr Schweigen sekundiert.

Vor sieben Jahren entstand die Zeitung *Polak* und vor vier Jahren der *Kurjer Slonski* ein Abklatsch des *Polak*. Doch auch diese Zeitungen teilten das Los des *Gornoslonszak*. Im November v. Js

sind sie in den Besitz der Genossenschaft der Katholikblätter übergegangen. Auf diese Weise ist die demokratische Idee in Schlesien wiederum ohne Zeitung geblieben. Dieses Mal ging aber das Volk selbst an die Arbeit. In Arbeiterkreisen entstand der Gedanke der Gründung eines rein demokratischen Blattes. Diesem Gedanken folgte auch die Tat und seit sieben Wochen erscheint eine von allen persönlichen Einflüssen unabhängige Tageszeitung unter dem Titel Gazeta Ludowa. Sie wurde von allen national aufgeklärten Landsleuten freudig begrüßt und soll heute schon etwa 3000 Abonnenten zählen.

Gegenwärtig ist die Gazeta Ludowa die einzige unabhängige Zeitung in Oberschlesien. Sie ist ein sehr reges Blättchen und unsern Verjöhnungsparzellern sehr ungeliebt. Bisher hatten letztere nur den Mut, ihr öffentlich keine anderen als die Vorwürfe zu machen, daß sie ihre Abonnenten nicht gegen Todesall versichere.

Ginter den Kulissen sollen sie jedoch einen lästigen Kampf führen. Warum? ist mir unbekannt. Es scheint ihnen viel an der rücksichtslosen und konkurrenzfreien Beherrschung Schlesiens zu liegen.

Trotz ihres kurzen Bestehens hat die Gazeta Ludowa insoweit die Verhältnisse saniert, daß die Verleger sich nicht mehr gegenseitig vor Gericht schleppen, und daß die Beuthener Presse bemüht ist, der Gazeta Ludowa in der Schnelligkeit der Nachrichten und einer anständigen Form gleichzukommen. Trotzdem haben die Beuthener Zeitungen die Kolportage der sensationellen Literatur nicht unterlassen und es nicht verstanden, sich in das Gefühl des Volkes hineinzuleben. Dort kann man noch Sherlock Holmes, Klimzok, den Weg zum Himmel und viele, viele andere Bücher kaufen. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß diese Verlage weiter nichts als gewöhnliche Jahrmärktbuden sind und nicht viel Gemeinsames mit der nationalen Idee haben.

Das ist eine ungesunde Erscheinung und ich mache daher auf sie aufmerksam, denn daß eine solche Presse imstande wäre, das nationale Bewußtsein inmitten der breiten Massen des Volkes zu wecken, das bezweifle ich.

Aus Nr. 87 des Postep (Posen)
vom 15. April 1911:

Erschreckende Erscheinungen.

IV.

Im letzten Briefe möchte ich eine am meisten verwickelte Sache — die Arbeiterfrage — berühren.

In Oberschlesien liegt die Arbeitersache völlig brach. Es gibt Leute, die ihre Wichtigkeit begriffen haben, doch bisher hat sich noch keiner gefunden, der den Schlüssel zu einer günstigen Lösung derselben entdeckt hätte. Die Sozialdemokraten wollten dies fertig bringen, doch ihr Herz erwies sich für das Verständnis der Bedürfnisse des polnischen Arbeiters als zu klein. Die internationalen Grundsätze, die Verunglimpfung des Glaubens und der Kirche und oftmals auch der polnischen Nationalität haben den polnischen „dummen“ Arbeiter zurückgestoßen, der, obwohl mächtig ausgebeutet, dennoch soviel Ehrgefühl besitzt, daß er eine Organisation, die sich solcher schmutzigen Mittel bedient, verachtet. Es gibt allerdings Einzelne, die an den Katechismus eines Marx und Bebel glauben, doch diese dürfen nicht ernst genommen werden. Das sind nämlich die bei allen Völkern und zu allen Zeiten vorkommenden ewig Unzufriedenen. Vielleicht deswegen, weil sie Gott und der Nationalität entsagt haben.

Außer den Sozialdemokraten traten auch die Zentrumsleute auf den Plan. Diese Partei operierte und operiert im Gegensatz zu den Sozialdemokraten mit schönen religiösen Phrasen. Bei ihr ist Religion Trumpf. Nach der Meinung der schlesischen Zentrumsleute muß man der Religion wegen seiner Rationalität entsagen, soweit man nicht Deutscher ist! Sie wollen dem polnischen Arbeiter angeblich helfen, aber nur unter der Bedingung, daß er den nationalen Grundsätzen entsage.

Weil nun die polnischen Arbeiter es wissen, daß die Zentrumsleute allzu biegsame Nacken besitzen und bisher nicht einmal den deutschen Micheln etwas erkämpft haben, so gehört ihnen außer zwei Duzend betörten Tertiariern niemand an und erheischt ihre Hilfe. Dieses Verhalten der polnischen Arbeiter hindert das Zentrum jedoch nicht daran, eine groß angelegte Agitation zu betreiben. Mit polnisch gedruckten Blättern und durch Veranstaltung von verschiedenen Versammlungen drängt es sich förmlich auf.

Die größte Jagd auf den polnischen Arbeiter macht die angebliche deutsche Arbeiterorganisation, der Berliner Verband, der wegen Lieferung von Streikbrechern bekannt ist. Diese Organisation bettelt förmlich die polnischen Arbeiter an, ihr beizutreten. Es agitieren für sie Geistliche, Beamte und Industrielle. Doch auch diese Organisation erfreut sich leider nicht des Vertrauens der Arbeiter. Es gehören ihr überwiegend Frauen und mehrere Hundert Invaliden an, der Kern der polnischen Arbeiter ist jedoch dort nicht vertreten.

Es würde nach dieser Sachlage also scheinen, daß die Arbeiter aufgeklärt seien und eine starke heimische Berufsorganisation bildeten. Doch auch dieses ist nicht der Fall. Nach den letzten Generalversammlungsberichten zählt die polnische Berufsvereinigung in Schlesien angeblich über 11000 Mitglieder. Aber was will das gegenüber den 120 oder 160000 Arbeitern, die in industriellen Unternehmungen beschäftigt sind, besagen!

Wenn die Sache sich so verhält, so müssen dort die Arbeits- und Lohnverhältnisse gut sein — wird wohl der in die oberschlesischen Geheimnisse nicht Eingeweihte sagen. Indes werden dort die Arbeiter schlechter behandelt als in anderen Industriebezirken, und die Löhne sind um 30 bis 50 % niedriger als im Westen Deutschlands. Angesichts dessen fehlt es nicht an Armut und Not. Außerdem hat sich eine Günstlingswirtschaft herausgebildet, die auf die Arbeiter direkt demoralisierend wirkt. Die Protektion verdirbt die Arbeiter und vernichtet das soziale Leben. Ihr hat man auch — so scheint es — vor allen Dingen das Schwenden des Zugehörigkeitsgefühls unter den Arbeitern zu verdanken.

Die wichtigste Rolle spielten, wie überall, die Großindustriellen. Sie haben, die schwachen Seiten der Arbeiter erkennend, den Keil des Zwistes unter sie getrieben. Sie und kein anderer üben auf die Regierung und die Ortsbehörden, die auf jeden Wink gegen die aufgeklärten Arbeiter vorgehen, einen Druck aus. Der Druck der Behörden auf die Besitzer von Sälen, diese den Arbeitern zur Versammlung nicht zu überlassen, läßt gar zu deutlich die Regisseure erkennen. Die Entlassung der aufgeklärtesten, energischsten und dabei fleißigsten Arbeiter zieht schreckliche Folgen nach sich. Den zu dieser Ungnade verurteilten nimmt man die Möglichkeit des Verdienens und andere schreckt man von jeglicher Verbands- und bürgerlichen Arbeit ab.

Will man das Kind mit dem Namen benennen, so muß gesagt werden, daß die Arbeitersache in Schlesien noch sehr traurig aussieht. Es kamen Deutsche, Sozialdemokraten und Zentrumsleute dahin, um den polnischen Arbeiter zu gewinnen und dessen Kleid unter sich zu teilen.

Es entstand eine heimische Berufsorganisation, doch man erlaubt es nicht, daß sie sich entwickle. Industrielle und Polizei warnen vor ihr wie vor einer ansteckenden Krankheit, und viele, sehr viele sogar, meiden sie aus Angst. Doch auch die heimische Organisation ist nicht vorwurfsfrei. Viele anscheinend unschuldige Sachen hemmen ihre Entwicklung. Vor allen Dingen unterliegen ihre Leiter allzuoft unnötigen Einflüssen von außerhalb. Außerdem hat sich in ihrem Schoße eine Günstlingswirtschaft herausgebildet, die bei Besetzung der Stellen eine hervorragende Rolle spielt. Dank dessen gelangen nicht immer geeignete Leute in leitende Stellungen.

Es liegt im Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit, die gegenwärtigen Verhältnisse zu verbessern. Alle Arbeiter müßten entschieden an Selbstverteidigung und Selbsthilfe denken. Geschieht in der heimischen Organisation nicht alles nach Wunsch, so müßte der Arbeiter trotzdem ihr beitreten und das Übel beseitigen. Damit wird er sich nur der Sache dienen. Die Gesamtheit müßte auch diesem Teil ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Oberschlesien ist doch dicht bevölkert. Die Entwicklung der Industrie zieht verschiedene Menschen heran und bildet ein ganz anderes Charakterbild, als es die landwirtschaftlichen Gegenden aufweisen.

Außerdem fehlt es hier an Intelligenz. Das Arbeitervolk bilden die Polen, Industrie und Handel liegen in fremden Händen. Diesen ist die Germanisation der polnischen Arbeiter nicht nur nicht gleichgültig, sondern höchst willkommen. Daher müßten wir aus materiellen Gründen alles tun, um diese Verhältnisse zu verbessern.

Karodowicz.

Aus Nr. 57 der Gazeta Ludowa (Zabrze)
vom 22. April 1911:

Landslente! Sammelt euer Geld zum Bau polnischer Vereinshäuser.

Wir lasen in einer der letzten Nummern einen Aufruf zum Sammeln eines Fonds zu dem Bau eines Volkshauses in Roszdzin, und seit langer Zeit schon wird auch in Zaband gesammelt. Polnische Volkshäuser sind für uns, für die Aufklärung, für Wähler- und politische Versammlungen durchaus notwendig, seitdem die Gastwirte entweder aus bösem Willen oder aus Furcht vor der allmächtigen Polizei die Türen vor uns verschließen und sie nur der Trunksucht öffnen. Wenn wir übermäßig trinken, wenn wir das schwer verdiente polnische Geld vergeuden würden, das würden unsere Bursenfreunde gern sehen.

Man braucht nicht lange zu beweisen, wie notwendig Volkshäuser sind, Häuser, die für die Aufklärung und nicht dazu notwendig sind, daß sich die Bevölkerung dem Trunke ergebe. Leider verhallen solche Aufrufe trotz der Notwendigkeit solcher nationalen Vereinshäuser gewöhnlich ohne Echo. Wieviele Komitees zur Sammlung von Baufonds wurden doch schon gegründet, und es gibt noch kein einziges polnisches Vereinshaus. Warum? Weil unser Volk mit Mitteln zu nationalen Zwecken fargt. Soviele, manchmal zu teure, Gotteshäuser sind in Schlesien von dem Gelde des armen Arbeiters gerade im Industriebezirk entstanden, aber nur ein einziges Volkshaus vom bescheidenen Umfange zu erbauen vermochten wir noch nicht! Gotteshäuser müssen wir und wollen wir natürlich haben, wir wollen auch schöne Gotteshäuser haben, in denen wir uns geistig gehoben fühlen. Aber zu wieviel überflüssigen Dingen wurde Geld gesammelt.

Unsere Kirchen sind mit verschiedenen Fahnen, Figuren, Bildern überladen. Jede fromme Parochianin möchte irgend eine Figur, jeder Parochialverein irgend ein Fähnchen stiften. Und welchen Wert haben jene Gegenstände? Zum größten Teil verunstalten sie nur die Kirche, berühren einen Menschen, der nur ein bißchen Schönheitssinn hat, unangenehm. In den alten wunderschönen Kirchen gibt es solche Dinge nicht, und sie imponieren uns dennoch durch ihre Einfachheit. Aus verschiedenen deutschen Fabriken hat man solche nicht auf künstlerische, sondern auf fabrikmäßige Weise erzeugten Dinge bezogen.

Da möchte wiederum irgend ein reicher Mensch Fenster mit Glasmalereien schenken, ein anderer Leuchter, vielleicht einen Altar, alles oft minderwertiges Zeug, das zu der ganzen Einrichtung des Gotteshauses nicht paßt, und so sind unsere Gotteshäuser gleichsam ein Warenlager verschiedener deutscher Fabriken geworden! Schade um den Platz im Gotteshause für solche Fabrikzeugnisse! Wäre es, anstatt unsere Kirchen mit fabrikmäßig hergestellten Figuren, Bildern und Fahnen zu verunzieren, nicht besser, weniger, aber bessere Sachen zu kaufen, und den Rest des polnischen Geldes zum Bau eines Volkshauses, zu Bildungszwecken zu verwenden? Fließt doch jowieso schon eine Menge unseres nationalen Geldes in die Taschen der Deutschen und unserer Bursenfreunde. Warum sollen denn unsere letzten Pfennige, das Witwengeld, die Deutschen einheimen?

Wenn wir unsere Gotteshäuser schmücken wollen, so geschehe dies nicht mit Fabrikzeugnissen, sondern mit wirklich schönen Dingen. Die Schönheit beruht auf der Einfachheit! Je bescheidener das Gewand, desto schöner, desto einfacher ist das Gotteshaus, desto mehr regt es uns zu frommer Betrachtung an. Das Geld, welches wir für solche Dinge vorausgaben und welches für uns verloren ist, weil ausschließlich nur bei Deutschen gekauft wird, kann zum Bau polnischer Vereinshäuser verwendet werden. Die Deutschen sind reicher als wir, sie haben in der Kirche mehr Rechte als wir, und so mögen sie auch ihre Taler zu künstlerischen Dingen hergeben.

Wo wir also um Geld zu nationalen Zwecken gebeten werden, laßt uns gern geben; ist doch dieses Geld nicht für die Trunksucht, für den Luxus bestimmt, sondern zum Ruhme Gottes, zur Bildung, zu Kulturzwecken. Zeigen wir, daß wir die Notwendigkeit unentbehrlicher, unumgänglicher Dinge verstanden haben, daß wir sie von überflüssigen, minderwertigen Dingen unterscheiden. Lassen wir uns nicht vom Hochmut fortreißen, der uns oft bewegt, Geld zu sammeln, um uns ein Denkmal in Form irgendeiner Inschrift zu errichten. Das beste Denkmal wird sich jeder errichten, wenn er Gottesfurcht und Bildung fördern hilft! Und „wer die Bildung fördert, glaubt an eine bessere Zukunft“, sagt unser obereschlesischer Dichter.

Geistlicher S . . . s.

Aus Nr. 58 der Gazeta Ludowa (Zabrze)
vom 23. April 1911:

Doppelte Moral.

In Oberschlesien sind Gott sei Dank Vereine entstanden, die als Mitglieder auch Jungfrauen und Frauen aufnehmen. Gott sei Dank, sage ich, denn gerade das schöne Geschlecht war zugleich auch schwach im Widerstande gegen die Hochflut der Germanisierung. Besonders die Gesangsvereine zogen unsere Jungfrauen in die polnischen Vereine hinein; denn das obereschlesische Mädchen will singen. In den deutschen Vereinen nimmt man es nicht allzu höflich auf und

nennt es „Bauernmädels“, so daß sie glücklich den Weg zu den Ihrigen fanden. Aber jeder wird zugeben, daß der Einfluß des Gesanges auf die Veredlung der Jugend groß ist, bezwingt er doch sogar wilde Tiere, geschweige denn Menschen mit einem weichen und unverdorbenen Herzen.

Was sehen wir indes? Solche Vereine sind der Polizei ein Dorn im Auge, und o Wunder auch der Geistlichkeit. Diese verwehrt den Frauen, die Gesangsstunden zu besuchen, sie gestattet ihnen nicht, sich zu vergnügen, und dies alles unter dem Deckmantel der Moral. Die Geistlichen haben verschiedene deutsche Vereine mit einem gemischtem Publikum. Ich verweise auf die sogenannten Cäcilien-Vereine, wo es von Mitgliedern beiderlei Geschlechts wimmelt. Die Versammlungen finden gewöhnlich abends statt, die Jungfrauen werden von jungen Männern begleitet, und keiner der deutschen Geistlichen sieht darin etwas Böses. Haben die deutschen Frauen ein festeres moralisches Fundament? Führen doch die Mitglieder der Cäcilienvereine oft sogar während der hl. Messe in den Pausen für Damen sehr ungeziemende Unterhaltungen, der Kirchenchor in mancher Pfarodie ist ein Heiratsbureau geworden.

Trotzdem hört man nie etwas, daß irgend ein Geistlicher gegen einen Cäcilienverein aufgetreten wäre! Warum? Weil dies ein deutscher Verein ist!

Solche deutsche Vereine veranstalten verschiedene Vergnügungen, tanzen bis zum frühen Morgen, amüsieren sich laut, niemand wehrt es ihnen, sie veranstalten sogar am Sonnabend Bälle, und die Ortsgeistlichen belustigen sich mit ihnen bis in die späte Nacht hinein. Auch darin sehen sie nichts Sündhaftes. Veranstaltet aber irgend ein polnischer Gesangsverein oder ein anderer Verein irgend eine Versammlung, schon schelten die Geistlichen von der Kanzel herab. Wenn ein Ball für alle veranstaltet wird, so können doch Jungfrauen dabei sein, und obgleich ihr Tanz früher endet und die Eltern sich daran beteiligen, so drohen dennoch die Geistlichen, daß sie keine Losprechung bekommen werden.

Ich frage: Sind unsere Mädchen in moralischer Beziehung wirklich so schwach? Den Herren Seelsorgern sage ich nur soviel — und ich spreche aus Erfahrung —, daß die Mädchen, die sich in polnischen und zwar nationalen Vereinen zusammenschließen, ein gewisses moralisches Plus haben. Denn sich für so erhabene Ideale zu begeistern, ist nicht Sache sinnlicher, wenig moralischer Menschen. Am meisten mit Schande bedecken sich nicht die nationalen Mädchen, sondern die von deutscher Kultur belebten, die entnationalisierten Mädchen. Wenn übrigens der Dichter von den deutschen Jungfrauen sagt, daß sie auf Jünglinge einen veredelnden Einfluß ausüben, so üben diesen Einfluß auch die polnischen Mädchen aus. Ich sah persönlich, wie gerade nationalgesinnte polnische Jünglinge die besten und musterhaftesten in der Pfarodie waren und mit den Mädchen wie mit einem nationalen Kleinod umgingen. Von dieser Seite also droht keine Gefahr. Wenn die Geistlichen auf die Sittlichkeit unserer Mädchen achten wollen, so rate ich, daß sie ein wachsameres Auge auf die sogenannten Volksunterhaltungsabende und auf die Volkstheatervorstellungen haben mögen, die von Gemeinden und Städten unterhalten und in denen oft widerwärtige Dinge vorgeführt werden.

Mir fällt das auf, daß unsere Geistlichen eine doppelte Moral haben. Den Polen wehren sie, was sie den Deutschen gestatten! Steckt darin nicht irgend ein Germanisierungsgedanke?

Die Geistlichen sollten auf diejenigen Jünglinge und Jungfrauen achten, die gar keinem Verein angehören. Dort wird sich ihnen ein Arbeitsfeld erschließen! Wie viele gibt es doch, die sich von polnischen Vereinen

fernhalten, weil dort nichts Unehrenhaftes getan wird, sondern weil dort nur ermahnt wird, daß du so handeln mußt, daß du so handeln sollst, daß dies und jenes getan werden müsse usw.

Und du, Jugend, laß dich nicht abschrecken. Möchtest du nur die Gewissensruhe haben, die eine sittliche, eine schöne, eine sich an Idealen begeisternde Seele besitzt, dann kannst du mit erhobener Stirn einher-schreiten, dessen gewiß, daß du für eine gute Sache arbeitest.

Geistlicher H . . . s.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 87 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 16. April 1911:

Preussische Feiertagsheuchelei und unser Glauben an ein besseres Morgen.

Nirgends gibt es eine größere Disharmonie zwischen Wahrheit und Wirklichkeit und der in Deutschland oder richtiger in Preußen herrschenden Feiertagsstimmung, nirgends gibt es größere Heuchelei. Die Presse, die der Spiegel der Stimmung der in Frage kommenden Volksgesamtheit ist, ist in Preußen, im Verhältnis zu den Wochentagen, am Charfreitag, der in diesem Staate infolge amtlichen Zwanges gefeiert wird, und ebenso am Osterfest nicht zu erkennen. In allen Zeitungen, sogar in jenen, in welchen an den Wochentagen für groben Materialismus gekämpft wird, und in welchen die Geschäftspolitik jeglichen Idealismus und jegliches Mitgefühl für die Verfolgten ausgerottet hat, erschienen, wie alljährlich, so auch an diesem Charfreitag, salbungsvolle Artikel, in welchen sich orthodoxe und liberale Pastoren und Richtpastoren über die Mission der preussischen „Nation“, über ihre außer-gewöhnlichen Vorzüge ausließen, die sie mehr als andern Nationen dem Märtyrer der Idee näher bringen, der auf Golgatha starb, um die im Schatten der Dunkelheit und Unduldsamkeit herum irrende Menschheit zu erlösen. Und von den Kanzeln der evangelischen Kirchen und von den Zeitungstribünen herab ertönten gestern und werden morgen ertönen die uns bereits bis zum Überdruß bekannten Phrasen, die da verkünden, daß Deutschland — wir haben hier stets Deutschland-Preußen im Sinne — am meisten die strahlenden Ideale der Märtyrers aus Golgatha in sich aufgenommen habe und der begeistertste Befürworter dieser Ideale sei, nicht nur im innern Leben, sondern auch in seinem Verhältnis zu andern Nationen.

In tausend Varianten wurde gestern verkündet und wird auch an beiden Osterfeiertagen verkündet werden, daß die erhabene Idee Christi von der Nächstenliebe, die in den Worten enthalten ist: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, nirgends größere Achtung genießt wie im „Reiche der Gottesfurcht“, daß sie die Grundlage der Tätigkeit der höchsten und maßgebendsten Kreise und den Regulator des Lebens der Bürger dieses Staates bildet.

Und das Kreuzrittertum der Neuzeit hat sich gestern eingeredet und wird sich morgen einreden, daß es ohne Schuld ist, daß es nach den Idealen Christi lebt, und daß es darnach strebt, sich im Leben nach ihnen zu vervollkommen.

O ihr Heuchler! Pharisäer!

Nirgends sind die strahlenden Lehren und Ideale Christi so verletzt und brutal zertreten worden wie gerade in jenem „Staate der Gottesfurcht“, der aufgewachsen ist auf dem der Menschheit angetanen

Unrecht und der noch immer seine Existenz durch das dem Nächsten angetane Unrecht stärkt.

Nirgends erfährt der Grundsatz der Nächstenliebe, jenes erhabene „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, eine solche Mißachtung wie gerade in diesem Staate.

Nirgends feiern die Beschränktheit der Auffassung, der Egoismus, das Obskurantentum, die Unduldsamkeit, die Selbstsucht und der nationale Chauvinismus solche Orgien, nirgends ist es so stückig wie gerade in ihm.

Im öffentlichen Leben ist der Polizist die höchste Macht, er ist Herr über Leben und Tod der Bürger, er ist der Hauptregulator dieses Lebens. Das Abschlagen der Hand eines unschuldigen Menschen wie in Breslau, das Erschlagen eines Greises, wie dies unlängst in Moabit geschah, kann er ungestraft verüben, und diese seine Schneidigkeit pflegt noch von den maßgebenden Stellen besonders gelobt und belohnt zu werden.

Im Verhältnis der Preußen zu andern Nationen entscheidet einzig und endgültig das heidnische, unchristliche Faustrecht.

Sie, deren Kirchen- und Zeitungsprediger nicht genügend Worte haben, die jüdische Unduldsamkeit vor 19 Jahrhunderten, jenes wilde „Kreuzige ihn“, zu verdammen, das in den Mauern Jerusalems gegen den Verkünder der Lehre von der Nächstenliebe ertönte, sie schlagen alltäglich eine ganze lebende Nation ans Kreuz und fügen ihr immer schrecklichere materielle und moralische Martern einzig aus dem Grunde zu, weil sie in ihrer Vergangenheit nach dem Gebot der Nächstenliebe lebte, niemandem Unrecht tat, sondern jenen nur Gutes erwies, die ihre Existenz ihrer übermäßigen Redlichkeit verdankten, und weil sie auch fernerhin darnach strebt, ihr eigenes Leben zu leben und ihre strahlende Vergangenheit nicht verleugnen will.

Dafür muß die Nation jeden Tag ein immer lauterer, immer raubstüchtigeres Schreien hören, ebenso wie Christus vor Pilatus: „Kreuzige ihn, kreuzige!“

Und sie kreuzigen diese Nation, foltern ihre Gebeine, öffnen ihr jeden Tag von neuem die Wunden, tränken sie mit Gallen, ziehen ihr den Boden unter den Füßen fort und vertreiben sie von ihrem uralten Sitz in die Verbannung, in Not und Mißgeschick.

Aber sie, gespannt ans Kreuz, verzweifelt nicht in schmerzhafter Pein, ergibt sich nicht den Verfolgern, sondern glaubt fest, daß nach ihrer Charfreitags- Bedrückung und Marter, wenn sie auch noch lange dauern sollte, auch für sie jene „Große Nacht“ eintreten wird, welche den Deckel ihres Sarges öffnen und sie dem Lichte und einer glücklichen Existenz wieder zuführen wird; sie glaubt mit dem Dichter, daß „der dritte Tag anbrechen und es in Ewigkeit Morgen sein wird“.

Aus Nr. 46 der Ojezyzna (Bochum)

vom 18. April 1911:

In einem

„Der frohe Tag der Auferstehung“

überschriebenen Artikel heißt es zum Schluß:

„Unser Land, unsere Felder, der Himmel, die Sonne, wie schön sind sie, wie herrlich am Tage der Auferstehung. Unsere Augen weiden sich an der Anmut des erwachenden Frühlings, an dem neuerstehenden Leben der Natur.“

In einem solchen Augenblick begehen wir das kirchliche Fest der Auferstehung des Körpers. Mit festem Glauben eilen wir in das Heiligtum des Herrn, zur Resurrektion, und singen aus voller Seele das

Lied von der Auferstehung, die große, herrliche Hymne, die unsern schmerzenden Herzen Trost und den Glauben an den Beginn eines bessern Schicksals einflößt. Glauben wir in der Tiefe unseres Herzens, daß nach den Tagen des Elends, der Trauer und des Fastens auch für uns einst der große, feierliche und herrliche Tag kommen wird, der Tag, der durch den Sieg des Lebens über den Tod, des Tages über die Nacht, der Tugend über das Verbrechen, gekönt sein wird.

Auch für uns Polen wird ein solcher Tag anbrechen. Denn was der Herr geschaffen hat, kann, wenn es auch schlummert, wenn es auch feindliche Mächte in das Tal des Elends gestoßen haben, nicht untergehen, sondern wird sich erneuern. Das Auferstehen der Natur, der Ostertag als Andenken an die Auferstehung des Herrn der Herren, verleiht uns Polen alljährlich Trost, flößt uns Glauben und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ein.

Dann werden wir, die Söhne der Piasen, in das polnische Land zurückkehren, aus weiter Fremde werden wir in unser Land zurückkehren, wo, wie der Dichter sagt, eine strahlende Getreidewelle, wie die unendliche Oberfläche eines goldenen Meeres, zu unsern Füßen rauscht.

Wir werden für immer zurückkehren, werden unser Land, unsere Felder in erblichen Besitz nehmen.

Still! Es dröhnen die Glocken und sie klingen und singen zur Auferstehung!

Und aus unserer polnischen Brust ertönt das Morgenlied:

„Ein froher Tag ist uns heut angebrochen!
Halleluja!“

(Ein gleichlautender Artikel ist in Nr. 87 des in Bochum erscheinenden Wiarus Polski abgedruckt. — Die Red. des Ges. überbl.)

Aus Nr. 16 des Przemysławiec (Posen)
vom 16. April 1911:

Eine polnische Gewerbeausstellung in Berlin im Jahre 1911.

Auf Grund eines Beschlusses des Berliner Gaues des Verbandes der Industrievereine wird am 26., 27. und 28. August d. J. in den Keller'schen Lokalen in Berlin, Koppenstraße 29, eine polnische Gewerbeausstellung stattfinden.

Ausstellen dürfen polnische Handwerker, Großkaufleute in der Fremde und Firmen der Heimat, die in Berlin Vertretungen haben.

Nähere Einzelheiten sind bekannt gegeben im Reglement und im Ausstellungsplane, die auf Wunsch durch das unterzeichnete Komitee verschickt werden.

Die Garantiesumme wurde von hiesigen polnischen Banken, Vereinen und größeren industriellen Unternehmungen gezeichnet.

Weil die Ausstellung breitere Kreise des polnischen Publikums in Berlin interessieren wird, nicht minder aber auch die aus der Heimat und aus der weiteren Fremde kommenden Landsleute, so gibt sie den Herren Handwerkern, Fabrikanten und Großkaufleuten die Möglichkeit, für ihre Erzeugnisse Reklame zu machen, was für sie nur nutzbringend sein kann. Mögen sie daher die Bedeutung der Ausstellung für ihre Unternehmungen nicht unterschätzen.

Wir laden daher unsere Handwerker zur Beteiligung an der Ausstellung ein und bitten um Ausfüllung der ihnen zugesandten Erklärung.

Anmeldungen werden bis spätestens den 1. Juni d. J. entgegengenommen. Wir raten, sich möglichst zeitig zu melden, weil wir im Falle übermäßigen An-

gebots gezwungen sein werden, die Ausstellerliste früher zu schließen.

Das Komitee der polnischen Gewerbeausstellung in Berlin.

Theophil Chojnacki, Vorsitzender, Berlin-Karlshorst, Fertigstr. 24, Fr. Sokolowski, Schriftführer, Luzian Hubert, Kassierer, Wlad. Berkau, Ing. St. Glowacki, J. Hechliniski, W. Hechliniski, Janczak, J. Kotowski, Fr. Krysiak, M. Janiecki, Joseph Morgenstern, M. Mietlinski, J. Pawlowski, Karl Roje, Jul. Sokolowski, Ing. M. Stark, J. Zaluchowski.

Anmeldungen nehmen entgegen: in Berlin: Fr. Krysiak (Dziennik Berliński), Raupachstr. 6; Julian Sokolowski, Kochstr. 19 (Bank Starbona); Luzian Hubert, Fabrikant, Kurfürstenstr. 167, III; in Charlottenburg: J. Zaluchowski, Stuttgarter Platz 1a („Niedziela“).

Wir bitten alle einheimischen und ausländischen Blätter um Aufnahme des obigen Aufrufs.

Aus Nr. 4 der Straz (Posen)
vom April 1911:

Jahresbericht des „Straz“-Vereins in Mülheim.

Die Hauptversammlung ist am 22. Januar d. J. abgehalten worden. In den Vorstand wurden erneut gewählt die Herren Zymunt Ziolkowski (Vorsitzender), Johann Dymek (Kassierer), Josef Nowicki (Schriftführer). In dieser Versammlung sind 10 neue Mitglieder beigetreten, aus dem Vorjahre waren 25 vorhanden, so daß wir jetzt 35 Mitglieder haben. Im vorigen Jahre haben wir 4 Versammlungen abgehalten, in denen die Agitation für die „Straz“, sowie für die Stadtverordnetenwahlen in Mülheim und verschiedene andere politische Angelegenheiten besprochen worden sind. Es wurden zwei Vorträge gehalten. Herr Kunz sprach über die Aufgaben und Bestrebungen der „Straz“, und Herr Ziminski über die innere sowie auswärtige Politik Deutschlands. Wache Geist!

Josef Nowicki, Schriftführer.

Aus Nr. 4 der Straz (Posen)
vom April 1911:

Jahresbericht des Vereins „Straz“ in Schonnebeck.

Der „Straz“-Verein ist im März 1910 gegründet worden. Im Laufe des Jahres haben 7 Versammlungen stattgefunden, in denen nationale, politische und auch Wahlangelegenheiten besprochen wurden. Die Grünwaldfeier haben wir zusammen mit dem hiesigen Sokolverein begangen.

Die Hauptversammlung fand am 5. Februar d. J. statt. Es wurde in ihr beschlossen, daß das „Straz“-Bureau in Posen die erforderliche Anzahl der Monatschrift „Straz“ unmittelbar an den Vorsitzenden schicken soll, der sie unter die Mitglieder verteilen wird. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Adam Kapala, Vorsitzender; Josef Laweck, Schriftführer; Stanislaus Majewski, Kassierer. Wache Geist! (Lesung der Straz-Mitglieder.)

Adam Kapala, Vorsitzender.

Aus Nr. 4 der Straz (Posen)
vom April 1911:

Jahresbericht des „Straz“-Vereins in Bernburg.

Im Jahre 1910 sind 4 Versammlungen abgehalten worden, in denen wir uns gegenseitig belehrt haben. Es wurden Zeitungsartikel nationalen und politischen Inhalts verlesen, dann ist über die Tätigkeit auf Grund des nationalen Katechismus Bericht erstattet worden. Im Laufe des Jahres sind einige Mitglieder in Abgang gekommen, weil sie wegen Arbeitswechsel verzogen sind, so daß der Verein gegenwärtig nur 11 aktive Mitglieder zählt. Die Versammlungen sollen auch fernerhin vierteljährlich abgehalten werden. Glück auf!

J. Sychalski, Schriftführer.

Aus Nr. 93 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 25. April 1911:

20 polnische Kinder aus Berlin in Posen.

Alle Bemühungen der Eltern um den polnischen Vorbereitungunterricht zum Empfang der heiligen Kommunion beim Geistlichen Administrator an der Fronleichnamskirche in Berlin sind ergebnislos gewesen.

Als die Eltern es sahen, daß Geistlicher Hoheisil unerbittlich blieb, nahmen sie ihre Kinder aus dem deutschen Unterricht fort und sorgten für privaten polnischen Unterricht. Diejenigen Kinder, welche an dem deutschen Unterricht nicht teilnehmen wollten, mußten nicht nur seitens der Geistlichen, sondern in noch viel größerem Maße auch seitens der Lehrer verschiedene Verfolgungen erleiden. Nichts haben auch die Verfolgungen einer gewissen alten Lehrerin genützt, die die Kinder fleißig ausfragte, wer den polnischen Unterricht erteile und wo er erteilt werde. Nichts haben die elenden Denunziationen und schließlich auch das Verbot des Provinzialschulkollegiums, welches auf Grund eines Paragraphen aus der Zeit Friedrich Wilhelms III. mit 100 Mark Strafe drohte, genützt. Trotz der Hindernisse fand der Unterricht ruhig bis zum Abschluß statt und brachte den Kindern den ersehnten Erfolg, was von zwei älteren Geistlichen bestätigt wurde.

Die Kinder haben alles ausgehalten, und die Verfolgung, welche sie erlitten haben, ist ihnen in Posen, wo sie am dritten Osterfeiertage die erste hl. Kommunion empfangen, belohnt worden.

Die schöne Ansprache des Geistlichen hat die Kinder und Eltern bis zu Tränen gerührt, als Redner erwähnte, daß die Versammelten von weither gekommen seien, um auf polnischem Boden, in einer polnischen Stadt die erste hl. Kommunion zu empfangen.

Nach Beendigung des kirchlichen Aktes gingen die Kinder in Begleitung von zwei Damen aus Posen in die Herberge zur Stärkung, wo Frau Sadłowska aus Ezenstochau an die Kinder und deren Eltern eine schöne, zu Herzen gehende Ansprache hielt.

Zum Schluß erhielten die Kinder vom Geistlichen Gedenkbilder, dann gingen sie ins Pensionat zum Mittagessen, welches durch Fürsorge von Damen, welche weit und breit wegen ihrer bürgerlichen Arbeit bekannt sind, zubereitet worden ist.

Ich erwähne noch, daß die Kinder den Posener Dom besucht haben, wo man ihnen alles gehörig erklärt hat.

Bei dieser Gelegenheit danke ich herzlich dem Verein „Oswiata“ in Berlin und allen denjenigen, die uns durch ihre Gaben das Hinsenden der Kinder nach Posen erleichtert haben. Im besonderen danke ich den

geehrten Damen in Posen für die ausgestandenen Mühen und das den Berliner Kindern bezeugte gute Herz.
N.

Aus Nr. 7 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin),
vom 1. April 1911:

Geistlicher Schutz in der Fremde.

Wir haben aus den Familienhäusern tiefen Glauben und die Hochachtung für alles, was die Kirche anbetrifft, davongetragen. An der Spitze steht die Verehrung, mit welcher das polnische Volk die Geistlichen umgibt. Und mit Recht! Denn unsere Geistlichen sind gewissermaßen die geborenen Lehrer des polnischen Volkes in der Heimat und sind in ihrem Bereich dazu berufen, einen heilsamen Einfluß auf die Richtung der Gedanken und der Tätigkeit der ihrem Schutz anvertrauten Seelen auszuüben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn unser Landmann in mancher Sache zu einer gewissen Kenntnis gelangt ist, dies zum größten das Verdienst unserer polnischen Geistlichkeit ist. Namentlich in der letzten Zeit befaßte sie sich mit Sachen, welche die gesamte Arbeiterschaft betrifft. Ein Beweis dafür ist die letzte Zusammenkunft des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter in Posen, in welcher man sich außer den Verbandsangelegenheiten auch mit der Verbesserung der Lage der Dominialarbeiter befaßte. Man kann im allgemeinen sagen, daß unsere polnische Geistlichkeit in der Heimat auf allen Gebieten des sozialen Lebens einen wohlthätigen Einfluß ausübt, daher auch ihre überaus gerechtfertigte Hochschätzung.

So ist es in der Heimat, und nun wollen wir uns der Fremde zuwenden. In tausenden von Ortschaften Deutschlands halten sich fast eine Million Polen auf, welche bis jetzt durch ständige Arbeit und höheren Verdienst dort hingelockt wurden. Unser polnischer Arbeiter ist fleißig, arbeitsam und sparsam. Der ihm angeborene Hang, in der Heimat ein Stückchen eigenes Land zu besitzen, macht es, daß er verschiedenen Versuchungen widersteht. Zu solchen Versuchungen gehört in erster Reihe die Entnationalisierung, welche trotzdem unter dem polnischen Volke eine erschreckende Ausdehnung annimmt.

Es ist scheinbar eine wunderbare Sache, daß gerade die Hochschätzung der Religion, also auch der Geistlichen, eine solche Verheerung in den Reihen unserer Auswanderer verursacht.

Wir haben in der Fremde mit sehr kleinen Ausnahmen keine polnischen Geistlichen, es gibt also auch keinen Gottesdienst in der Muttersprache. Das ist unrecht, wenn man bedenkt, daß bei uns in der Heimat für einige Deutsche entsprechende Predigten und Gottesdienste abgehalten werden, während hier in der Fremde die von Hunderten, ja sogar von Tausenden von Polen-Katholiken durchsetzten Parochien sich umsonst um ein solches Recht bemühen. Die Religion ist eine Gefühlssache des Herzens, und man kann das Gefühl am sichersten mit einem in der Muttersprache gesprochenen Worte treffen. Lehre es doch auch der Erlöser selbst, denn er sagte zu den Aposteln: „Gehet hin und lehret alle Völker“.

Die maßgebenden kirchlichen Behörden wissen das ganz gut und trotzdem verhalten sie sich gegenüber den Bitten und Petitionen der Polen ablehnend; wir sind doch nicht schlechter als die Neger und Indianer, zu denen man Missionare schickt, die ihnen dort Predigten jedenfalls nicht in deutscher Sprache halten! Die katholische Kirche, „das ist die Mutter aller Nationen“, und an diesem Grundsatz müßten unsere Seelsorger in der Fremde uns gegenüber festhalten. Leider kann man

dies nicht von allen sagen, mancher deutsch-katholische Geistliche nutzt seinen geistlichen Stand zum Zwecke der deutschen Politik aus.

In jeder Ortschaft, in der ein Geistlicher vorhanden ist, bestehen ebenfalls ein oder mehrere deutsche katholische Vereine, deren Vorsitzender in der Regel ein Geistlicher ist. Es ist klar, daß dieser sich darum bemüht, soviel wie möglich Mitglieder, also auch Polen, für den Verein zu gewinnen. Es kommt gewöhnlich vor, daß in solchen Vereinen mehr von unseren Landsleuten als Deutsche vorhanden sind, und trotzdem darf man dort nur deutsch sprechen und nur deutsche patriotische Feste begehen. Die Polen gehören diesem Verein nur aus Rücksicht auf den Geistlichen an, obwohl sie dem ähnlichen polnischen Verein beitreten könnten; dort kommt aber jener Geistliche nur selten oder gar nicht hin. In einer solchen Umgebung wird das nationale Bewußtsein in dem polnischen Arbeiter abgeschwächt, und wenn ihn irgend ein besseres oder näheres Verhältnis mit der Heimat nicht bindet, so wird er in verhältnismäßig kurzer Zeit gegen die Heimat gleichgültig werden. Wenn er sich dann noch schließlich mit einer deutsch-katholischen Frau verheiratet, so sind er und seine Nachkommen für das Polentum verloren. Auf diese Weise verlieren wir tausende von Individuen, die unter anderen Verhältnissen unsere eigenen Reihen vergrößern würden.

Mit Recht wurde in einer Versammlung gesagt, daß wir auf die maßgebenden Faktoren in der Heimat Einfluß ausüben sollten, damit man sich dort mehr um die nationale Aufklärung unserer Arbeiter bemühe. Das ist ein dankbares Arbeitsfeld, und dadurch wird auch mit der Zeit die Seelsorge eine bessere. Ein aufgeklärter Arbeiter wird die deutschen Vereine meiden, und dadurch wird auch bei der geistlichen Behörde der Vorwand, daß in der gegebenen Ortschaft keine polnischen Gottesdienste nötig seien, hinfällig.

Man darf auch nicht mit den Bemühungen aufhören, damit dort, wo sich die Polen in einer bedeutenden Anzahl befinden, die betreffenden kirchlichen Behörden unseren gerechten Forderungen nachkommen. Man kann sich hierbei auf die unlängst herausgegebene päpstliche Enzyklika berufen, in welcher der Geistlichkeit empfohlen wurde, sich um Erhaltung guter Verhältnisse mit allen Parochianen zu bemühen. Weil wir nach Möglichkeit Opfer bringen, müssen wir auch Berücksichtigung unserer Wünsche fordern.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 160 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 5. April 1911:

Die Hakatisten in Opposition.

Die hakatistische Organisation hat der preussischen Regierung den Krieg erklärt, weil sie mit der Durchführung des Enteignungsgesetzes zögert und erklärt hat, daß sie jedenfalls in diesem Jahre keinen Gebrauch von ihm machen werde. Sie wirft ihr Mangel an Konsequenz und Verständnis für das Staatsinteresse vor, sie beschuldigt die Regierung der Absicht, tausende deutscher Handwerker und Arbeiter, die im Vertrauen auf die Beständigkeit der Regierungspolitik sich in den Ostmarken niedergelassen hätten, im Stiche zu lassen und kündigt an, daß sie alle durch Gesetz und Verfassung erlaubten Mittel anwenden werde, um sie zum Aussharren auf dem Wege der rückhaltlosesten Germanisierung zu zwingen.

Infolge dieses Verhaltens hat sich in Preußen eine schwierige und bloßstellende Lage herausgestellt.

Die Organisation, die sich erdreistet hat, der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen und ihr zu drohen, sie werde sie zur Berücksichtigung ihrer Wünsche zu zwingen verstehen, ist kein parlamentarischer Faktor, der kraft seiner Macht dazu berufen ist, in den gesetzgeberischen Körpern auf die Richtung der Staatspolitik einzuwirken. Sie ist ein Privatverein, in zahlenmäßiger und finanzieller Hinsicht nicht stärker, als hundert andere Privatvereine, auf deren Drohungen man in Berlin mit einem gleichgültigen Achselzucken antworten würde. Sie erhebt aber Anspruch auf eine Hauptrolle im Staate, erläßt Losungen, die tausendfach in der deutschen Nation wiederhallen, besitzt die Sympathien vieler konservativer Land- und Reichstagsabgeordneten, erfreut sich der Unterstützung der ganzen national-liberalen Partei, die sich in Sachen der Polenpolitik vollständig mit dem Ostmarkenverein solidarisiert. Sie umfaßt schließlich die ungeheure Mehrheit der Staatsbeamten in den vier östlichen Provinzen der preussischen Monarchie. Sie ist trotz ihres privaten Charakters eine Macht, mit der die Regierung rechnen muß, deren Opposition sie keinesfalls geringschätzen darf.

Ein derartiger Zustand ist anormal und in hohem Grade demütigend für die Regierung eines mächtigen Staates, er ist eine Verleugnung aller Überlieferungen des preussischen Staates, der vor allen Dingen durch die Disziplin seiner Beamten zu einer europäischen Macht emporgewachsen, ist für den Staatsorganismus eine ernste Gefahr. Wohin können da nicht die Verhältnisse führen, unter denen tausende von Staatsbeamten sich für moralisch berechtigt halten, den Behörden den Gehorsam aufzukündigen und offen deren Entschlüsse zu bekämpfen, unter denen ein Privatverein den Anspruch erheben kann, der Regierung in staatlichen Lebensfragen seinen Willen aufzudrängen und sie auf dem Wege aufzuhalten, den sie durch Rücksichten auf das Staatswohl für angezeigt erachtete!

Für derartige anormale und gefährliche Verhältnisse ist die Berliner Regierung allein verantwortlich. Sie allein hat sie hervorgerufen durch unvorsichtiges Nachgeben einer Agitation, als diese noch nicht gefährlich war und noch nicht die breiten Volksschichten umfassen konnte, durch die Unkenntnis, die unvermeidlichen Folgen der von ihr geduldeten Entwicklung vorauszu sehen. Durch Intrigen geheimer Ratgeber der Kaiser's auf falsche Wege geleitet, durch das Gespenst der polnischen Gefahr im Falle einer Veränderung der russisch-polnischen Verhältnisse eingeschüchtert, erachtete sie die polnische Sache für die wichtigste Staatsangelegenheit, gab den Einflüsterungen nationaler Fanatiker und beleidigter Karrierenreiter nach, die vor allen Dingen nur ihr persönliches Interesse im Auge hatten und nachdem sie sich haktistischer Losungen angeeignet, ließ sie den Privatverein die Rolle einer Nebenregierung spielen und führte Staatsbeamte durch Zubilligung außerordentlicher Prämien und Zugeständnisse für die eifrige Beteiligung an der antipolnischen Aktion in die Arme dieser gefährlichen Organisation.

Im Laufe der letzten Jahre änderten sich die inneren staatlichen und allgemeinpolitischen Verhältnisse. Die polnische Nation bewies eine ungewöhnliche Entwicklungsfähigkeit und Kraft, aber angesichts der Politik der russischen Regierung trat das für Preußen schreckliche Gespenst des Verlustes polnischer Provinzen weit in den Hintergrund zurück. Die polnische Sache hörte vorläufig auf, die wichtigste Angelegenheit der deutschen Politik zu sein und die Rücksicht auf den Dreibund zwang zur Beachtung der Einflüsse der verhassten Nation. Gleichzeitig aber trat in Preußen eine neue innere Gefahr in die Erscheinung, die die ganze Aufmerksamkeit der Regierung auf sich lenkte. In dem antipolnischen Chauvinismus war man weiter gegangen,

als die staatlichen Überlieferungen und Interessen es gestatteten, die Entwicklung der Verhältnisse aber in den polnischen Landesteilen entsprachen keineswegs den Erwartungen. Unter dem Drucke des Haktismus entschloß man sich vor drei Jahren, an den Grundfesten zu rühren, auf die sich der gesellschaftliche und staatliche Organismus stützt, man erdreistete sich, das Eigentumsrecht anzugreifen, ungeachtet der Warnungen nicht nur von polnischer, sondern auch von deutscher Seite.

Die Folgen zeigten sich bald auf dem Gebiete des Germanisierungskampfes. Die Regierung entwickelte dort zwecks Verdrängung der polnischen Bevölkerung und Stärkung des Deutschtums eine lebhafteste Besiedelungstätigkeit. Sie kaufte hunderttausende Hektare, um sie an die deutschen aus allen Gegenden des Kaiserreichs und aus dem Auslande herbeigezogenen Ansiedler zu vergeben. Sie wollte sich ganze Scharen landsässiger deutscher Bevölkerung schaffen, auf die sie sich in dem Kampfe mit den Polen stützen könnte. Sie übersah jedoch, daß dieses mit Versprechungen großer materieller Vorteile angelockte Element nicht geeignet sei, die Staatspolitik darauf zu stützen. Der in den Provinzen Posen und Westpreußen angesiedelte Mischmasch erwies sich für die regierungsfeindliche Agitation zugänglich und als die Losung zur Zwangsenteignung fiel, nahm er sie auf, um sie gegen den deutschen Grundbesitz, die sicherste, alte Stütze des Thrones zu richten.

Es entstand Verwirrung und Beunruhigung. Die mit verzweifeltsten Anstrengungen von der Regierung und den konservativen Elementen zurückgedrängte Woge der demokratischen Bewegung ergoß sich in Landesteile, die bis jetzt ein unerschütterliches Bollwerk des preussischen Konservatismus bildeten, drang ein in Ostpreußen und Pommern und schloß sich in gefährlicher Weise zusammen. Es ist kein Wunder, daß die Regierung die Weiterentwicklung der Bewegung nach dieser Richtung hin nicht begünstigt, sondern sie aufzuhalten sucht, daß sie zögert mit der Durchführung eines Gesetzes, das die Erschütterung der Fundamente des bestehenden Staatsorganismus bildet und daß sie auf dem Wege stehen blieb, der zu einem derartigen Zustande geführt hat.

Aber für die breiten Beamten-schichten wäre, wie ganz richtig vor einigen Tagen im Reichstage der Abgeordnete v. Morawski bemerkt hatte, ein Stehenbleiben der Regierung auf dem bisherigen Wege eine Niederlage, es wäre ein Verlust ungeheurer materieller Vorteile und zahlreicher Vergünstigungen, die sie ausschließlich der germanisatorischen Tätigkeit verdanken und deshalb erheben sie durch Vermittelung ihrer Organisation heftige Proteste, mobilisieren gegen die Regierung die unzähligen Tausende des Volkes, die man im Laufe der letzten Jahre gelehrt hatte, die polnische Sache als die wichtigste Staatsfrage zu betrachten, und wenden sich an die Regierung mit der Bitte, eine Politik weiter zu betreiben, die diese als verderblich erachtet.

Es ist schwer voranzusehen, was die Regierung in dieser demütigenden und gefährlichen Lage anfangen wird, ob sie sich jetzt schon zu dem Versuch empor-schwingen wird, die haktistische Fronde zu durchbrechen, oder ob sie mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen auch diesmal noch dem Drucke nachgeben und sich dem Willen der unverantwortlichen Nebenregierung ergeben wird.

Die polnische Gesellschaft kann mit unerschütterlicher Ruhe diese Entschliebung abwarten. Ganz abgesehen davon, was die nächste Zeit bringen wird, ist die innere Krisis, als Folge der von den Staatsbehörden unvernünftiger Weise unterstützten haktistischen Aktion, unvermeidlich, und eine grundsätzliche Wendung

kann nur eine Frage der Zeit sein. Ob das Entzignungsgeſetz zur Anwendung kommen wird oder nicht, jedenfalls muß ein geſunder Staatsorganismus, als welchen man doch den preußiſchen noch betrachten kann, die Faktoren zermalmen und verdauen, die ihm die Bewegungsfreiheit rauben; in dieſem Falle würden zwar die germaniſatoriſchen Beſtrebungen nicht verſchwinden, aber das haſatiſtiſche Syſtem wird ein Ende erreichen.

Wenn aber Preußen nicht mehr fähig iſt, die es aufreibende Krankheit zu beſiegen, die ſittliche Degeneration und die ſich entwickelnde innere Anarchie zu bekämpfen, ſo können ſich vorläufig die Verhältniſſe für die polniſche Bevölkerung noch verſchlimmern, aber im Staate muß eine Zerrüttung entſtehen, die ihm nicht geſtattet, ſeine Kräfte in einem auſichtsloſen Kampfe zu vergeuden. Mögen die Preußen unter ſich damit fertig werden; die polniſche Geſellſchaft kann warten, darf jedoch in der Arbeit an ihrer Entwicklung und der Stärkung ihrer Kräfte nicht nachlaſſen.

Überſetzung aus dem Ruſſiſchen:

Aus Nr. 72 des Haliczjanin (Lemberg)

vom 30. März/12. April 1911:

„Die polniſchen politiſchen Prozeſſe.“

Im Laufe der letzten drei Jahre waren wir Zeugen von einigen hochpolitiſchen Prozeſſen gegen Perſonen polniſcher Nationalität, wie: Prozeß der Janina Borowſka gegen die Redaktion des Krakauer Naprzód, Prozeß der Wanda Dobrodzika wegen ihres Dynamit-anſchlages gegen den Waſchauer Generalgouverneur Skalon, Prozeß gegen die bereits genannte Janina Borowſka wegen Mordverdachts (Mord an dem Advokaten Wlad. Lewiſky) und zuletzt Prozeß gegen den Trudnowski wegen Ermordung des Rybak. Alle dieſe Prozeſſe warfen ein grelles Licht auf die Beſtrebungen der polniſchen demokratiſchen Parteien und auf die tolle Demoralisation der polniſchen gebildeten Schichten, beſonders im demokratiſchen Lager. Bekannt iſt es, daß die ganze polniſche Geſellſchaft mit aller Macht auf die Verwirklichung eines unabhängigen polniſchen Reiches hinarbeitet; einige Parteien folgen dieſen Beſtrebungen ganz offen, andere wieder tun es inſgeheim. Die polniſchen demokratiſchen Parteien verheimlichen ihre Beſtrebungen überhaupt nicht. Ganz beſonders hoch trägt aber die allpolniſche Partei das Banner der Unabhängigkeit Polens. Die Allpolen haben in der letzten Zeit in der ganzen polniſchen Geſellſchaft einen entſcheidenden Einfluß erlangt, haben von allen Parteien die meiſten Anhänger und erwerben mit jedem Tage mehr, ſodaß ſie das Übergewicht in der polniſchen Delegation in Wien bekommen haben. In der Perſon des Miniſters Glominski haben ſie auch ihren Vertreter im Kabinett. Natürlich können die Allpolen die Ziele ihres Programms auf dem Wege friedlicher Entwicklung nicht erreichen; ſie müſſen Revolution machen und mit Gewalt das polniſche Reich aufrichten. Daher hat ein Teil der Allpolen die polniſche revolutionäre Partei begründet, deren Tätigkeit beſonders im Gebiete des Königreichs Polen ſich entfaltete, wie der letzte Prozeß gegen Trudnowski uns bewieſen hat. Sie hat aber auch ihre Unterabteilungen und ihre Agenten in Krakau. Dieſe revolutionäre Partei wirkt durch den „Terror“, ſie iſt gut organiſiert, diſzipliniert und ihre Mitglieder ſind ohne Widerrede der Zentralleitung gehorſam — der beſte Zug an der polniſchen Geſellſchaft, die gegen den allgemeinen Feind ſolidariſch aufzutreten weiß. — Überhaupt da, wo es ſich um die allgemeinen Interellen des ganzen polniſchen Volkes handelt, da

gibt es keine einzelnen Parteien, dort ſehen wir die ganze polniſche Geſellſchaft ſolidariſch vom Bauern bis zum Edelmann. Die ruſſiſche Bevölkerung könnte da vieles von ihrem lieben Nachbarn lernen. Wie feſtſteht, hat die polniſche Revolutionspartei ihre eigene Regierung, welche Geſetze erläßt, und dieſen Geſetzen unterwerfen ſich unweigerlich alle Mitglieder. Aber noch mehr, dieſe Partei hat auch ihr Gericht, welches über Schuldige entſcheidet und Henker ernennt, welche dieſe Urteile blindlings vollſtrecken müſſen. In den Perſonen der Dobrodzika und des Trudnowski ſehen wir ſolche polniſchen „Staats-Henker“, die auf Befehl ihrer höheren Regierung die Urteile ohne Rückſicht darauf vollziehen, ob ſie gerecht oder ungerecht ſind. Für ſie iſt es genug, daß von der Parteiregierung ein ſolches Urteil erlaſſen und daß ihnen deſſen Ausführung übertragen iſt. Die Folgen ihrer Handlungsweiſe ſind den inoffiziellen Henkern gleichgültig; ob ihnen auch in einem gutgeleiteten Staate jahrelange Haft oder ſelbſt der Tod durch den Strang droht. So wie auf der einen Seite die angeführten Prozeſſe eine derartige Selbſtopferung — den beſten Zug des polniſchen Volkſcharakters — offenbaren, ſo haben auf der anderen Seite dieſe Prozeſſe die fürchterliche Demoralisation in der polniſchen Geſellſchaft aufgedeckt. Aus dieſen Prozeſſen erſehen wir, daß es in der polniſchen Geſellſchaft förmlich von Spionen wimmelt, unter denen wir die hervorragendſten polniſchen Politiker finden. Es ſind dieſe natürlich politiſche Spione, ſie ſpionieren in Rußland oder Preußen für Mark oder Rubel alle revolutionären Beſtrebungen polniſcher Organisationen aus; inſolgedeſſen endigen die Hausſuchungen bei Revolutionären für dieſe oft mit ſo traurigem Reſultat. Es iſt wahr, die polniſche Geſellſchaft und die polniſchen Zeitungen ſchieben hier die Schuld den betreffenden Regierungen zu, aber dieſe kann man nicht beſchuldigen; denn ſie erfüllen nur die Pflicht der Selbſterhaltung. Denn keine Regierung kann die Tätigkeit einer revolutionären Organisation gegen ſich geſtatten und ſie wird gegen eine derartige Organisation ſtets mit ihrer ganzen Kraft vorgehen. Überhaupt muß man hier die Aufmerkſamkeit auf die tiefegehende Demoralisation der polniſchen Geſellſchaft richten, welche in vielen Fällen bereit iſt, für Geld dem Feinde die gute Sache zu verkaufen. So ging es mit der unglücklichen Herrſchaft Reiſen, die den Preußen für Millionen verkauft iſt. Es iſt ganz egal, ob man dem Feinde unbewegliche Güter zur Aus-treibung des polniſchen Elements verkauft, oder ob man die Ehre als ideales Gut eines Menſchen verkauft. In beiden Fällen iſt es dasſelbe Ziel, nur die Mittel ſind andere. Der Zweck heiligt die Mittel. Aus dieſen Prozeſſen haben wir erſehen, daß in der polniſchen Geſellſchaft die Spionomanie für Geld eingeriſſen iſt, um die eigenen Landſleute zu vertreiben, mit denen man leben und arbeiten ſollte gegen den gemeinſamen Feind. Aber auf der anderen Seite ſehen wir auch, daß die polniſche Geſellſchaft nicht offizielle Gerichtsurteile belobt und beſtätigt, das heißt, daß die polniſche Geſellſchaft nur das polniſche Parteigericht anerkennt, nicht aber die Gerechtiſame der Staaten, in denen ſie lebt. In allen oben angeführten Fällen ſind die Mörder von den Geſchworenen freigeſprochen worden und das bedeutet, daß die polniſche Geſellſchaft — als ſolche muß man die Zuhörer und die Geſchworenen anſehen — die Urteilsprüche des höheren polniſchen Gerichtes beſtätigt und die höher ſtellt, als die Staatsgerichte ſelbſt. Derartige Urteile haben bei der polniſchen konſervativen Preſſe Bedenken erregt, welche neuerdings darauf hinweiſt, daß die polniſche Geſellſchaft ſolche terroriſtiſchen Taten nicht nötig habe, daß ſie auf geſetzlicher Baſis ſtehen müſſe und auch

wolle und ihre Rechte in den betreffenden Staaten auf Grund der Gesetze anstreben müsse. Mit ihren Verdikten haben die Geschworenen dem Ausdruck gegeben, daß über der Staatsgewalt noch eine höhere andere Gewalt, nämlich die polnisch-revolutionäre steht, welche Urteile erläßt und deren Vollstrecker sich über die Staatsgewalt hinwegsetzen. Natürlich schaden derartige Urteile der polnischen Sache im Auslande sehr, denn kein Staat kann es zugeben, daß in ihm noch ein zweiter existiert, der Urteile erläßt und sie vollstreckt. So haben bei den überlegt denkenden Polen die Urteilsprüche der polnischen Geschworenen in Krakau keine Zustimmung gefunden.

Solche Urteile regen nur die wirklichen oder verborgenen Fenster der revolutionären Parteien zu Morden an, die dann ungezügelt bleiben. Jeder Christ sollte einen Mord verurteilen, aus welchen Motiven er auch vollbracht wird. Wenn die polnische Gesellschaft selbst solche Urteilsprüche vollstreckt und ihre unmittelbaren Vollstrecker von der Strafe freispricht, so gibt sie sich ein trauriges Zeugnis und der polnischen Sache kann die polnische Gesellschaft dadurch kaum einen Nutzen bringen. Aus allem geht hervor, daß die polnische Gesellschaft nicht etwa etwas so reines und heiliges ist, wie sie sich immer hinstellt, im Gegenteil, daß das Gift der Demoralisation tief in ihrem intelligenten demokratischen Teile Wurzeln geschlagen hat.

Aus Nr. 104 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)

vom 14. April 1911:

Die Deutschen Galiziens.

Gelegentlich der Hauptversammlung des Bukowiner christlich-deutschen Vereins hielt Universitätsprofessor Dr. Raindl einen äußerst fesselnden Vortrag über die Deutschen in Galizien. Der Vortragende verwies darauf, daß er bei der letzten Hauptversammlung über die Deutschen in der Bukowina gesprochen habe. Da nun seine Forschungen ihn immer mehr überzeugten, daß die Geschichte des Bukowiner Deutschtums eng mit jener der anderen Karpathendeutschen verbunden sei, so halte er es für überaus ersprießlich, auch über die benachbarten deutschen Siedlungsgebiete Vorträge zu halten. Hierauf berichtete der Vortragende über die älteren Ansiedlungen in Galizien. Schon seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts kamen Deutsche nach Krakau. Die Stadt war in den nächsten Jahrhunderten ganz oder fast ganz deutsch. Dies zeigen die Listen der Stadtvögte (Richter), Räte, Bürger usw.; ebenso die deutschen Stadtbücher, Zunftbriefe, die deutschen Benennungen für Stadtteile, Gassen, Plätze; endlich die deutschen Einrichtungen und Rechtsgewohnheiten. Ebenso lagen die Verhältnisse in anderen Städten und Orten Galiziens. Diese Deutschen leisteten überaus viel für die Kultur. Das ganze städtische und bürgerliche Leben in Polen beruhte auf deutscher Grundlage; dies geht nicht nur aus historischen Nachrichten, sondern auch aus den von den Deutschen übernommenen, noch heute im Polnischen und Ruthenischen allgemein üblichen Bezeichnungen für zahlreiche damit zusammenhängende Begriffe und Gegenstände hervor (ratusz = Rathaus; burmistrz = Bürgermeister, rynek = Ringplatz usw.; handel = Handel, jarmark = Jahrmarkt, waga = Wage, funt = Pfund usw.; murarz = Maurer, hebl = Hebel u. dgl. v.). Dieses blühende Deutschtum ging seit dem 16. Jahrhundert zugrunde; es konnte den polnischen Angriffen nicht Stand halten, weil Uneinigkeit herrschte, kein Zusammenhang mit dem Mutterland bestand, keine Hilfe von dort kam. Später sahen die polnischen

Machthaber wohl ein, wie verderblich für das Reich der Niedergang der Städte war; Polen ist zum guten Teile daran zugrunde gegangen. Sobald Galizien 1772 an Österreich kam, sah man sofort ein, daß ohne neue deutsche Kolonisation kein Fortschritt möglich sei. Schon 1772 gab daher Kaiser Josef II. neue Anregungen zur Ansiedlung. Der Vortragende schildert sodann die Ansiedlung (sie wird bekanntlich in dem dritten Bande seiner „Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern“, die jetzt gedruckt wird, ausführlich behandelt); ihr Erfolg waren die noch heute bestehenden Ansiedlungen, von denen etwa 220 beachtenswert sind. Auch die neuen Ansiedler: Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Beamte, Vertreter der gelehrten Stände haben für die Kultur des Landes viel geleistet. Auch ihnen wird mit Unbant gelohnt. Der Vortragende erwähnte einige Fälle der harten Bedrückung und schließt ungefähr mit folgenden Worten: So haben Sie, meine Herren, in aller Kürze die Geschichte unserer deutschen Brüder in Galizien kennen gelernt. Sie haben gesehen, daß dieses Deutschtum einmal bereits vollständig vernichtet wurde, daß es gegenwärtig in härtester Weise bedrängt wird. Meine Herren, dahin können wir auch kommen, wenn wir uns nicht aufraffen, einig sind, trenn zueinander halten! Möge uns das Schicksal der Deutschen in Galizien ein warnendes Beispiel sein! Aber auch die völkische Begeisterung, welche infolge des Druckes in Galizien entstanden ist, ist der Beachtung und der Nachahmung würdig. Möge uns alle dieser heiße Wunsch nach Einigkeit, dieses heilige Feuer der Begeisterung durchdringen zum Wohle unseres Volkes!“ Reicher Beifall lohnte den etwa einstündigen Vortrag.

Anmerk. d. Schriftl.: Am 27. März wurde Herr Prof. Dr. Raindl zum Obmann des Vereines der christl. Deutschen in der Bukowina gewählt. Wahrlich, eine bessere Wahl konnte unser Bruderverein gar nicht treffen und wir beglückwünschen die Brüder im Buchenlande zu derselben. Ebenso begrüßen wir aufs herzlichste den neuen Obmann Dr. Raindl! Heil!

Zur Polonisierung der deutschen Mennoniten in Galizien.

Vor etwa 130 Jahren haben zahlreiche Mennoniten aus Deutschland ihre Heimat verlassen und sich in Galizien angesiedelt. Sie gründeten hier unter andern die deutschen Dörfer Falkenstein und Einsiedel bei Lemberg. Seitdem haben sich die Nachkommen dieser Mennoniten weit über Ostgalizien verbreitet. Am häufigsten findet man sie hier als Gutsbesitzer und Gutsächter. Im Ausweis der Mennonitengemeinde in Galizien, deren Sitz in Lemberg ist, für das Jahr 1910, wird ihre Seelenzahl mit 591 angegeben. Aber trotz des Gebotes: „Du sollst Vater und Mutter ehren“, sind schon viele der Sprache und dem Volkstum ihrer Väter und Mütter untreu geworden und zu den Polen übergelaufen. Besonders sind es die Gutsächter, welche aus Zwang oder aus Furcht vor ihren polnischen Pachtherren ihr Deutschtum verleugnen. Des Geldes wegen wird also das Volkstum verleugnet, denn die meisten haben es garnicht notwendig, ein größeres Gut zu pachten, sie hätten so viel Vermögen, um sich eine kleinere Wirtschaft zu kaufen, auf der sie als freie Menschen leben könnten. Wie schmachlich sich so ein Deutscher benimmt, der aus Furcht sein Volkstum verleugnet, zeigt folgendes Erlebnis. Ich saß allein am Tische eines Kaffeehauses, da trat ein mich persönlich gut kennender, deutscher Gutsächter herein. Wir grüßten uns und er setzte sich zu mir an den Tisch. Da kamen auch ein paar Polen, die setzten sich an

einen anderen Tisch. Schnell nahm nun mein Tischgenosse den Bief Nowy zur Hand und las dies polnische Schundblatt, damit die Polen, welche mich als Deutschen kannten, ja sähen, daß mein Tischgast nicht so ein Deutscher sei, wie ich. Ich brachte aus meinem „Freunde“ kein lautes Wort mehr heraus, es sei denn, daß er polnisch sprach. Auf meine Fragen schüttelte oder nickte er nur mit dem Kopf. Nun kam ein mir bekannter Pole, dieser grüßte mich deutsch, setzte sich zu uns und wir sprachen miteinander deutsch. Was tat aber der „deutsche“ Gutspächter, er fing mit dem Polen, der mit mir deutsch sprach, in einer Gesprächspause laut polnisch zu sprechen an und kein deutsches Wort sprach er mehr, obwohl ich und der Pole öfter wieder deutsch zu sprechen begannen.

Die Polonisierung ist daher der erste Schritt zum Rückgang und Aussterben der jetzt noch tüchtigen Mennoniten in Galizien.

Völkzählung.

Wilhelmsau.

Die Bevölkerung von Wilhelmsau betrug am 31. Dezember 1910 — 1845 Personen, davon bekannten sich 1178 Personen zur deutschen und 667 Personen — darunter auch viele Deutsche — zur polnischen Umgangssprache. Zur polnischen Umgangssprache bekannten sich unter anderen die zwei römisch-katholischen Priester, sämtliche Lehrer der Volks- und Webereischule und der Postmeister. Diese Männer stehen nämlich an der Spitze der Polen in Wilhelmsau und arbeiten mit allen Mitteln, um das Deutschtum dieses Städtchens und damit das ganze Städtchen zugrunde zu richten. So wird uns aus Wilhelmsau von einem Deutschen anschließend an die Völkzählung geschrieben:

„Die Bevölkerungszahl fällt bei uns von Jahr zu Jahr. — Die armen Menschen müssen nach Wien, Deutschland, Amerika auswandern. — Niemand reicht uns die Hand: wir sind von allen verlassen. Wir bestehen hier schon seit 600 Jahren, wir wehren uns so wie ein scheiterndes Schiff am Meere. Wir haben schon öfter angesucht um ein Gericht, um eine Bahn und anderes, aber unser Rufen verhallt wie die Stimme in der Wüste. Unter unseren Feldern liegt Kohle, aber niemand errichtet hier eine Kohlengrube. Die Wochen- und Monatsmärkte sind bei uns aufgelassen worden. Als nach dem Deutschen Reiche noch kein Zoll war, konnten wir unsere Erzeugnisse und die Haustiere gut verkaufen, damals waren bei uns auch große Viehmärkte, aber jetzt ist alles tot.

In der Kirche und in der Schule wird nur polonisiert und verdummt, aber um die wirtschaftliche Hebung des Ortes kümmert sich niemand. Es könnte bei uns leicht eine Fabrik oder eine Kohlengrube errichtet werden. Unsere Leute sind sehr fleißig, wenn nur Arbeit wäre.“

Dazu müssen wir noch bemerken, daß die polnischen Pfarrer und Lehrer in Wilhelmsau nicht nur die Deutschen polonisieren, sondern sie sind auch die wirtschaftlichen Schädiger des Ortes, erstens dadurch, weil sie durch Polonisierung der Deutschen diese vom Weltverkehr abschneiden und zweitens dadurch, weil sie gegen die deutsche Schutzarbeit des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien“ mit Erfolg hegen und es so dem Bunde unmöglich machen, in Wilhelmsau zur wirtschaftlichen Hebung des Städtchens erfolgreich wirken zu können. Wenn also das einst blühende deutsche Städtchen immer mehr verfällt, so haben dies die deutschen Bürger nur ihren polnischen deutsch-feindlichen Pfarrern und Lehrern zu verdanken.

M.

Vom Deutschtum in Wolhynien.

Im Norden grenzt unser Heimatland Galizien an die russische Provinz Wolhynien. Schon knapp an der Grenze Galiziens stößt man auf zahlreiche und große deutsche Ortschaften. Die Deutschen Wolhyniens sind seit knapp 89 Jahren, seit 1832, im Lande. Die größte Masse von ihnen ist aus Russisch-Polen hier eingewandert; nur der kleinere Teil stammt aus dem Deutschen Reich und Österreich. Zur Zeit der Einwanderung bot Wolhynien ein trauriges, verwahrlostes Bild. Die Deutschen haben Edland in blühende Ansiedelungen mit in prächtigster Kultur stehenden Gärten, Feldern und Wiesen umgeschaffen. Dabei haben sie sich ihr deutsches Volkstum bis zum heutigen Tag bewahrt. Gegenwärtig beträgt die deutsche Bevölkerung in Wolhynien etwa 400 000 Seelen. Die Russen nehmen gegen die Deutschen eine feindliche Stellung ein, sie verhindern den Ankauf von Grund und Boden durch Deutsche, und jene Siedlungen, die auf Pachtgründen angelegt wurden, werden einfach, indem der Pacht gekündigt wird, vernichtet. So werden viele Deutsche in Wolhynien — seit 15 Jahren, jährlich rund 300 deutsche Sippen — gezwungen, auszuwandern. Die meisten Auswanderer siedeln sich in Posen und Westpreußen an. Deutsch kehren sie ins Vaterland zurück, aus dem ihre Vorfahren vor Jahrhunderten nach Russisch-Polen ausgewandert sind.